

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

77 (4.4.1921)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in U. Lagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühr, monatl. Einzelempl. 25 A.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Karlsruherstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 10tägige Anzeigenliste 1.— M. Die Anzeigenliste 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor

Internationale Gewerkschaftskonferenz und Wiedergutmachung

22. Amsterdam, 2. April. Die hier tagende internationale Gewerkschaftskonferenz bestätigt die vom Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes angenommene Resolution. Sie stellt den Forderungen für das Problem der Reparation eine ausschließlich finanzielle Lösung gegenüber, die mit Rücksicht auf die Lage der Weltwirtschaft zu keinem Resultat führen könne. Anstatt des durch den Krieg geschaffenen Überschusses müssten die Internationalität der Arbeiter und die Solidarität der Gewerkschaften ausgebaut werden, um die Reparationen zu Verhandlungen und zu Verständigungen zu bringen. Die internationale Gewerkschaftskonferenz nimmt die bestimmte Erklärung der deutschen gewerkschaftlichen Organisation zur Kenntnis, wonach diese die Verpflichtungen Deutschlands zur Reparation anerkennt, die erklärt, daß es die Pflicht der Entente-Regierungen ist, Deutschland unverzüglich in den Völkerverbund aufzunehmen und die Errichtung eines internationalen Reparationsinstitutes zu betreiben, das mit dem Studium der Organisation der Wiederaufbauarbeiten zu betrauen ist und zusammengesetzt ist aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und Vertretern der internationalen Gewerkschaftsbünde, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der Entente-Regierungen. Für die Arbeiten des Wiederaufbaus sollen von dem genannten internationalen Institut internationale Anleihen ausgeben werden. Die Abtragung dieser Schulden hat durch Deutschland in Jahresraten zu erfolgen und soll hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Arbeiterschaft in den beteiligten Ländern ihre Regierungen beauftragen, die von der international organisierten Arbeiterklasse vorgeschlagene Lösung zu akzeptieren.

Bayerische Demokraten für die Selbstschutzzorganisationen

21. München, 2. April. Die demokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat der Staatsregierung folgenden Vorschlag unterbreitet: Die deutsche Reichsregierung soll von der bayerischen Regierung ersucht werden, im Hinblick auf die blutigen Ereignisse in Mitteldeutschland und die dadurch geschaffene bedrohliche Lage bei der Entente unverzüglich neue Schritte zu unternehmen, um die Entwaflnung der bestim mungen bezüglich der Selbstschutzzorganisationen bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, zum mindesten die Termine für die Entwaflnung entsprechend hinauszuschieben.

Daß die offene und verkappte Reaktion die günstige Situation ausnützt und die ihr der kommunistische Wahnsinn geschaffen hat, war vorauszusetzen. Wenn die Kommunisten für ihre elende Aktion von der Reaktion eigens bestellt und dafür bezahlt worden wären, hätten sie der Reaktion keine besseren Dienste leisten können.

Karlchen von einer politischen Krankheit erfaßt

22. Wien, 3. April. Nach Meldungen Wiener Blätter aus Stein amanger sei Erzherzog Karl an Halsentzündung erkrankt und müsse das Bett hüten. Nach Neuigkeiten aus der Umgebung des Erzherzogs Karl solle dieser immer noch der Abreise Widerstand entgegenstellen, wobei er die Absicht verfolge, die nächste Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abzuwarten. Der Spezialkorrespondent der „Neuen Fr. Presse“ meldet noch, es sei sicher, daß dieser Widerstand binnen kurzem überwunden sein werde. Das Blatt erfährt noch aus sicherer Quelle, daß die Abreise des Erzherzogs Karl noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen werde. Die Rückreise dürfte, ohne Wien zu berühren, über Reusstadt, Brud, Loeben an die Schweizer Grenze erfolgen.

Branting für große Mafseierdemonstrationen und gegen Ententekapitalismus und Bolschewismus

22. Stockholm, 3. April. Branting fordert Schweden arbeitendes Volk zu Mafseierdemonstrationen auf, nicht nur wegen der reaktionären Bestrebungen in Schweden, sondern auch gegen den Bolschewismus, der die Arbeiter Mitteleuropas für Generationen zu Sklaven des Zwangs zwingen wolle. Die Reparationspolitik des Ententekapitalismus sei verhängnisvoll für ganz Europa; denn sie werde in allen deutschen Kontinenten ausgehenden Ländern Veranlassung zu neuen Lohnherabsetzungen geben.

Internationales Verkehrsweesen Anregungen des Ausschusses der internationalen Verkehrs-konferenz

22. Barcelona, 2. April. Der Ausschuss der Verkehrs-konferenz schickte hinsichtlich der internationalen Regelung des Eisenbahnverkehrs mehrere Entschlüsse. Die beteiligten Staaten erkennen einmütig an, daß es wünschenswert wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die die internationalen Warentransporte erleichtern könnten. Besonders wichtig wäre die durchgehende Sendung mit einheitlichen Frachtbüchern und internationalen Gebühren. Ebenso wurde die Erleichterung von Maßnahmen zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs und der Gepäckförderung für wünschenswert erklärt. Hinsichtlich der internationalen Behandlung der Schiffahrt wurde beschloffen, der Ausschuss die endgültige Definition der internationalen Flüsse einem besonderen Komitee zu übertragen.

Eine neue Gefahr für die Sowjetregierung

21. Königsberg, 2. April. Nach den neuesten Meldungen der Wolja Kossil entwickelt sich eine Elementarunruhenbewegung gegen die kommunistische Herrschaft unter den Bauern der reichsten und fruchtbarsten Gouvernements Ostpreußen. Die Moskauer bolschewistische Zeitung „Trud“ gesteht ein, daß die im Tambowschen Gouvernement durch Antonow hervorgerufene Unruhenbewegung für die Sowjetregierung eine große Gefahr in sich birgt. Antonow habe in den von ihm besetzten Bezirken bereits 40 Kommunisten erschossen lassen.

Die Allierten drohen mit Zwangsmahnahmen gegen Bayern

21. Basel, 2. April. „Echo de Paris“ meldet: Der alliierte Vorkontrollrat behandelte am Donnerstag die Frage der Entwaflnung der Einwohnervereine in Deutschland. Der letzte Bericht der internationalen Ueberwachungskommission besagt, daß die deutsche Regierung die Entwaflnung in 10-tägiger Frist durchführe. Falls die bayerische Regierung in der Frage der Entwaflnung nicht nachgibt, werden die Alliierten mit Sanktionen erwidern, über deren Umfang noch Beratungen schweben.

Immer schwerere Lasten für Deutschland

22. Paris, 3. April. Eine Note der Reparationskommission erklärt, daß, nachdem sie Deutschland die Möglichkeit gegeben hat, gehört zu werden, betr. der Frage der Renten folgende Entschlüsse getroffen habe: Die Ueberweisungsstellen der Kriegspensionen und der Kompensationen der gleichen Art sind nicht in den Schäden einbezogen, für die ein Ersatz für Deutschland aufgrund des Paragraphen 5 Anlage 1 Teil 8 des Vertrages von Versailles gefordert wird. Die Kriegspensionen müssen nicht notgedrungen in Geldzahlungen bezahlt werden, die sich in regelmäßigen Zeitabschnitten wiederholen. Die folgende Art von Schäden wird als Kompensation der gleichen Art wie Kriegspensionen im Sinne des § 5 Anl. 1 Teil 8 des Vertrages von Versailles betrachtet:

- 1. Vergütung und zinsfreie Kosten und die Kosten der Prothesen;
- 2. die durch die Zentralstelle für Verwundete und Kriegswaisenen hervorgerufenen Kosten;
- 3. die Unterhaltungskosten für Kriegswaisenen;
- 4. die jährlichen Zuwendungen der Witwen der Beschäftigten oder Vermögenden;
- 5. Unterhaltungen, Zuwendungen, die für Gefallene oder Vermisste gewährt werden. Jede Alliierte Macht ist ermächtigt, Reparationen zu fordern für alle Arten von Kompensationen und Pensionen gleicher Art, wie sie nach der französischen Gesetzgebung gewährt werden. Die alliierten Mächte sind berechtigt, auf der Grundlage des französischen Textes Ersatz zu fordern für die Kompensationen und Pensionen gleicher Art, die sie ihren Kolonialtruppen bezahlt hätten, wenn sie die französische Gesetzgebung angewandt hätte.

Besehung deutscher Bergwerke durch belgische Truppen

22. Essen, 3. April. Auf der linken Rheinseite haben die belgischen Besatzungstruppen gestern früh die Schächte Wilhelmine Reviolen, Diergard 1 und 2 und sämtliche Schächteanlagen der Zeche Rheinpreußen besetzt. Auf der Zeche Carolus Magnus sind von der 593 Mann starken Besatzung unter Tage gefahren 220 nicht eingefahren. Die Gruben des Teils ausstehendes liegen in der Räumung eines Arbeiters, der versucht hatte, die Ausgabe der Kontrollmarken zu verhindern, und der in einer Betriebsübernahme dazu aufgefordert hatte, den Betriebsführer festzunehmen und ihn nach Essen auszuliefern.

Kommunistenverhaftungen in Italien

22. Rom, 3. April. Durch eine Verordnung wurde der kommunistische Ausschuss in Bologna aufgelöst. In Genua nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor, zahlreiche Schriftstücke wurde beschlagnahmt und einige Kommunisten, darunter Mussolini, verhaftet, bei denen große Geldbeträge vorgefunden wurden.

Einschränkung des Kohlenverbrauchs in England

22. London, 3. April. (Reuter.) Die Anordnungen über die Einschränkung des Kohlenverbrauchs sind heute Nacht ergangen. Der Hausbrand wurde auf 50 Kilogramm festgesetzt, der industrielle in der Hauptsache auf die Hälfte des regelmäßigen Bedarfs.

Ober- und Niederösterreich

22. Breslau, 3. April. Heute mittags eröffnete der Oberpräsident für Niederösterreich und Oberpräsident Wita für Oberösterreich, dann der erste für die gesamte Provinz Schlesien den neuen Provinziallandtag. Beide Redner wiesen auf das Gesetz hin, das Ober- und Niederösterreich einen eigenen Provinziallandtag gewährt.

Amerika und die Wiedergutmachung

Washington, 3. April. (Reuter.) Entgegen den in London umlaufenden Gerüchten, wonach Deutschland wegen den Reparationszahlungen mit den Vereinigten Staaten Stellung genommen habe, wird von maßgebender Regierungsseite erklärt, die Forderung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland sei die, daß Deutschland seine Verantwortlichkeit für den Krieg auf sich nehme und seine Zahlungsverpflichtungen soweit es irgend möglich sei, erfüllen müsse.

Die Aussichten der Monarchie

Der Auszug des Habsburger Karl nach Ungarn darf nicht als beharische Operette bewertet werden. In sich könnten wir der Auseinandersetzung zwischen Karl und Gorthy kühl bis ans Herz hinein zusehen und mit einem Worte des russischen Dichters Dostojewsky denken: „Das Geschmeiß wird sich gegenseitig aufessen“. Wir können Gorthy jede Prügel, die er von Karl und Karl jede Prügel, die er von Gorthy bekommt.

Aber die Fäden der monarchistischen Restauration laufen von Budapest nach Wien, von Wien nach München und von München nach Berlin. Ein Sieg der Habsburger in Ungarn wäre das Signal für die Wirtelsbacher in Bayern und der Einzug eines Ludwig oder Rupprecht in München würde die preussische Hohenzollerngarde in Bewegung setzen. Die Kommunisten in ihrer unübertrefflichen politischen Weisheit haben ja eben erst solchen Dingen nach Kräften vorgebeutet.

Obwohl die Gefahr einer monarchistischen Restaurationsbewegung auf der ganzen Linie also nicht zu verkennen ist, darf man ihre Kraft andererseits nicht überschätzen. Der ungnädige Empfang Karls durch den eingefleischten Monarchisten Gorthy ist ein sehr charakteristisches Moment, dessen Ursachen doch viel tiefer liegen als etwa in einer persönlichen Rivalität des „Reichsverweisers“ mit dem legitimen Monarchen.

Gorthy mag natürlich zunächst an die unmittelbare Kriegsgefahr gedacht haben, die Ungarn bei der Rückkehr Karls auf den Thron mit den Nachbarstaaten der „kleinen Entente“ droht. Aber wir wissen auch, daß so mancher deutsche Monarchist viel lieber ein stiller Glas aus dem „Dulder in Haus Doorn“ trinkt, als daß er diesen Dulder von seinem Martyrium befreien und in Berlin sehen möchte.

Letzten Endes läßt sich doch eben die Tatsache nicht aus der Welt bringen, daß im brisanten Feuer des Weltkrieges sich die Monarchie gegenüber der Republik als die schwächere Staatsform erwiesen hat. Viele Staaten, die 1914 Monarchien waren, sind durch den Weltkrieg zu Republiken geworden wie Rußland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw., aber keine Republik wurde durch den Weltkrieg zur Monarchie. Keiner der neuen Staaten wählte die monarchische, alle wählten die republikanische Staatsform. Die Tschechoslowakei, Finnland, Estland, Litauen, Polen, Georgien usw., alle konstituierten sich als Republiken. Man kann die Jahre 1917/18 als die stärksten Verlustjahre des Monarchismus in der Weltgeschichte ansehen. Um 1750 war noch fast die ganze Welt monarchisch regiert. Dann entstand zuerst in Amerika ein Großstaat auf republikanischer Grundlage, 1793 proklamierte Frankreich als erster europäischer Großstaat die Republik. Das Jahr 1848 schwächte zwar die Monarchie auch in anderen Staaten, aber beseitigte es nicht. In England kam aber mit der fortschreitenden Demokratisierung die Monarchie zur Schattenform. Südamerika, China, zuletzt Portugal führten die Republik ein. Aber erst der Weltkrieg warf die drei festesten und am meisten absolutistischen Monarchien aus dem Sattel: die Hohenzollernsche, die Habsburgische und die zaristische. Mit dem Verlust seiner drei stärksten von dem er sich nie wieder erholen wird. Monarchen-Präsidenten hat der monarchische Gedanke einen Stoß erlitten, von dem er sich nie wieder erholen wird.

Aun ist es allerdings ein weltgeschichtliches Gesetz, daß nach sehr starken Entwicklungen zunächst größere oder kleinere Rückschläge eintreten. So ist tatsächlich Griechenland, das während des Krieges aus einer Monarchie zur Republik wurde, wieder zur Monarchie zurückgekehrt. Aber dieser Fall liegt besonders. In Griechenland war es nicht das Volk, sondern die Entente, die den Monarchen abschiebte. Die Republik trat dort den Weisheitsmaß fremdländischer Vergewaltigung. Deswegen erscheint es erklärlich, wenn dort das Volk den Monarchen zurückrief, der ein Symbol der nationalen Selbstständigkeit bedeutete. Aber in den Staaten des ehemaligen Oesterreich-Ungarn, des ehemaligen zaristischen Rußland und auch in Deutschland liegt die Sache anders. Dort hat die Monarchie dem Bolschewismus entweichen müssen. Ein solches historisches Faktum läßt sich nicht einfach aus der Geschichte fortbilden. Auch Frankreich hat nach 1793 noch monarchistische Perioden durchlaufen, aber nach ihrem einmaligen Sturz konnte die Monarchie sich nie wieder innerlich befestigen. Und das ist es, was auch unseren Monarchisten Bestimmungen verurteilt: mit Ausnahme einiger hirnloser Sisköpfe wissen sie, daß man das Rad der Geschichte nicht einfach rückwärts drehen kann. Deshalb proklamieren sie, wie erit jüngst Herr Gelferich in Nürnberg, eine neue monarchische Staatsform, das Volkskaiserium. Aber mit dieser Konzeption an die neue Zeit anzusetzen sie doch ein, daß mindestens die alte Form der Monarchie historisch überlebt ist. Die Monarchen selbst streben natürlich nach der Wiederherstellung des alten Zustandes. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. So entsteht denn der seltsame Konflikt Gorthy-Karl, daß der Monarchist von der Wiederkehr des Monarchen unangenehm überrascht diesen zurückweist.

Die Uneinigkeit der Arbeiterchaft in Deutschland, der kommunistische Wahnsinn haben ebenso wie in Ungarn wichtige Positionen an die Monarchisten vertrieben. Es bleibt ein Trost, daß tiefere geschichtliche Zusammenhänge die Monarchisten hindern, ihre Situation voll auszunutzen. Aber wenn die republikanische Arbeiterchaft in Deutschland nicht endlich das Gebot der Stunde erkennt, sich einig um das Banner der Republik zu scharen, werden auch ihr sehr schmerzliche geschichtliche Rückschläge nicht erspart bleiben.

Butsch und Regierungsbildung

In dem Augenblick, in dem der kommunistische Butsch in Mitteldeutschland zusammengebrochen ist, wagen sich die alldeutschen Maulwürfe ans Tageslicht, die bisher im Schlupfwinkel ein verborgenes Dasein führten und im geheimen nach Kräften wühlten. Jede Gelegenheit wird benützt, der verheerenden preussischen Koalitionregierung eins auszuwaschen, und so machen die Reaktionen aller Schattierungen, von der Deutschen Volkspartei, den Versuchen, auch aus Anlaß der mitteldeutschen Erhebung dem preussischen Kabinett und insbesondere seinen sozialdemokratischen Mitgliedern einen Strich zu drehen. Nun ist es allerdings anders gekommen, wie die Reaktion im Stillen gehofft hatte: Dank der Listkraft des preussischen Innenministers Severing und des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Hering, ist der verbrecherische Anschlag auf das demokratische Deutschland vereitelt und hierdurch der sprungbereiten Reaktion der Wind aus den Segeln genommen worden. Trotzdem raft der alldeutsche See und will sein Opfer haben, und dieses Opfer soll selbstverständlich die preussische Sozialdemokratie sein. Schon jetzt gehen die Rechtsparteien mit Geheimschreiben und dergleichen hantieren, um für die bevorstehende Regierungsbildung in Preußen die Sozialdemokratie auszuscheiden, und zwar soll das kategorische „Nein!“ der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber freudig begrüßter Anlaß zu ihrer Ausschaltung in Preußen werden.

Daß die alte Koalition in Preußen nach wie vor tragfähig ist, wird offensichtlich von der deutschvölkischen bis zur deutschnationalen Reaktion übersehen, und als geringer Faktor scheint die Tatsache eingeseht zu werden, daß die Sozialdemokratie nicht ohne zwingende Gründe daran denkt, ihre Macht faktoren dem preussischen Bürgertum zu überlassen. Um jeder Geschichtsfälschung von vornherein die Spitze zu bieten, muß mit allem Nachdruck betont werden, daß das Vorgehen der Genossen Severing und Hering in allen Punkten richtig war; nur so gewissenhafte Politiker, wie wir sie bei den Deutschnationalen zu finden nachgerade gewohnt sind, konnten ein Einleiten der Reichswehr und damit ein unabsehbares Blutbad verhindern. Wenn man die mitteldeutsche Aufstandsbewegung mit der Regierungsbildung überhaupt in einen Zusammenhang gebracht wissen will, so kann eine objektive Prüfung der Sache nur ergeben, daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder einen erneuten Befähigungsnachweis erbracht und sich der ihnen gestellten Aufgabe in vollem Umfange gewachsen gezeigt haben. Der reaktionäre Tendenzmacher muß deshalb seitens der Sozialdemokratie im Reich wie in Preußen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Gegen die Erdröpfung der Arbeiterpresse durch die Papierfabrikanten

Die neuerliche Erhöhung der Papierpreise um 33 Proz., die nimmehr in Kraft treten soll, veranlaßt die geschäftlichen Vertreter der Parteipresse zu folgendem Protest:

Der am 31. März d. J. in Berlin versammelte Beirat der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse hat mit Empörung von der abermaligen ungehörigen Verletzung des Zeitungspapiers vom 1. April d. J. als Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, daß die Regierung unter völliger Verleugung der Aufgaben und der schwierigen Stellung des Zeitungsgewerbes in ganz unbedenklicher Weise durch diese Preis-erhöhung den Papierfabrikanten auf Kosten der Zeitungsläser und Inserenten neue Millionen zugezählt hat. Der Beirat spricht deshalb den von Zeitungverlegervereinen in dieser Richtung am 30. März zu Hannover aufgestellten Forderungen seine volle Zustimmung aus und macht sich diese in jeder Form zu eigen.

Madame Bovary

78 Roman von Gustave Flaubert (Fortsetzung)

Emma wollte durch diese Ausrede jede Nachforschung unmöglich machen oder, wenn eine recht hohe Meinung von ihrer Person hegen, indem sie tat, als habe ein Mann von so hohem Stande und kriegerischem Wesen sich um sie beworben. Lebensfalls hätte die Inferiorität seiner Stellung und beneidete den anderen um seine Epauletten, Orden und Titel. Alle diese Dinge mußten ihr sehr gefallen, das schloß er aus ihren vornehmen und kostspieligen Gewohnheiten.

Dabei beschwieg Emma noch immer einen großen Teil ihrer extravaganten Wünsche. Sie hätte zum Beispiel gar zu gern ein blaues Nilpferd mit einem englischen Pferde und einen Zoom in Stulpenstiefeln besessen. Justin hatte sie auf diesen Gedanken gebracht, als er sie einmal angefleht, ihn doch als Kammerdiener in ihre Dienste zu nehmen. Und wenn die Bekräftigung, die sie sich durch diesen Vorschlag aufzuwerfen glaubte, auch nicht die Freude bei ihrer jedesmaligen Ankunft in Rouen zu dämpfen vermochte, so vermehrte sie doch sehr die Bitterkeit bei jeder Abreise.

Manchmal, wenn sie von Paris sprach, murmelte Emma: „Ach, wie herrlich würden wir dort leben können!“ „Sind wir denn nicht auch hier glücklich?“ fragte der junge Mann und streich ihr sanft mit der Hand über die Haartellen. „Ja, du hast recht“, sagte sie, „ich bin glücklich; komm, küsse mich!“

Gegen ihren Willen war sie jetzt liebendwürdiger als je. Sie bereitete ihm Biddings und Cremes und spielte ihm nach Tisch Walzer vor. Er hielt sich für den Glückseligsten der Sterblichen, und Emma lebte in größter Sicherheit ihr Doppelleben, bis Karl sie eines Tages fragte: „Du nimmst deine Stunden doch bei einer Mademoiselle Temperenz?“

„Ja.“

„Nun, denke dir mal, ich habe sie heute bei Madame Biogard getroffen und von dir gesprochen. Sie kennt dich gar nicht!“ Das war ein Donnererschlag. Doch antwortete Emma in natürlichem Tone: „Sie hat sicher meinen Namen vergessen.“

„Vielleicht.“ „Iam ihr Karl in seiner Einfalt zu Hilfe, „gibt es in Rouen mehrere Mademoisellen Temperenz, die Biogard heißen.“

eigen. Der Beirat ist weiter der Ansicht, daß durch die horrenden Preissteigerungen ganz besonders unsere Parteipresse bedroht wird, die die Bewirtschaftungsmöglichkeiten der Regierung immer unterstützt hat. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese in entscheidender Weise gegen die Preissteigerung Stellung nimmt und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert.

Die Papierfabrikanten gehören zu denjenigen Gewerbebetrieben, die unter der Scheinkonjunktur der Nachkriegszeit am meisten profitiert haben. Abstraktische Dividenden wurden für das letzte Geschäftsjahr verteilt. Die Geschäftsführer der Parteipresse vertreten durch ihren Beirat, haben doppelt die Pflicht, auf die Gefahr hinzuweisen, die den Arbeiterzeitungen durch die neuerliche Preiserhöhung droht. Wenn die Presse der organisierten Arbeiterchaft zum Erliegen käme, triumphierten die mit jedem Geldes gespeckten kommunistischen Blätter. Das zu fördern, kann nicht die Pflicht einer Regierung sein, die sich zum überwiegenden Teil aus Vertretern der Demokratie zusammensetzt.

Zum Tode des Kommunistenführers Syll

Wie mitgeteilt ist, der Berliner Kommunistenführer Syll den Verlesungen erlegen, die ihm durch einen Schuß im Berliner Polizeipräsidium beigebracht wurden. Wir müssen schon gestehen, daß die bisherigen, durch W.W. verbreiteten Angaben über den Vorgang einen gläubwürdigen Eindruck nicht machen. Man wird das Gefühl nicht los, daß der Anlaß zur Niederschießung des Kommunistenführers ein anderer war als angegeben wird. Syll soll dem Beamten, der ihn vorführte, einen Faustschlag gegeben haben und dann geflohen sein. Wir können der unabhängigen Berliner „Freiheit“ im allgemeinen nicht widersprechen, wenn sie zu dem blutigen Vorfall schreibt:

„Aber selbst wenn diese Angabe zutreffen sollte, erscheint es ungeheuerlich, daß der Beamte in einer Situation, wo jeder Nachverfolgung völlig ansichtslos war, von seiner Schutzweste Gebrauch machte. Selbst wenn Syll, was wir nicht glauben, hätte fliehen wollen, so wäre er in dem mit Polizeimannschaften überfüllten Polizeipräsidium, dessen sämtliche Ausgänge auf das schärfste bewacht werden, nach wenigen Minuten festgenommen worden. Es lag also nicht die geringste Veranlassung vor, daß der Beamte von seiner Waffe Gebrauch machte und den verbotenen Schuß abgab, der ein wildes Tier niederschloß. Es ist ein ungeheuerliches Verbrechen, das hier begangen wurde.“

Der Beamte, der Syll niederschloß, ist ein Beamter der Abteilung Ia, die nichts weiter ist als die äußere Hülle für die bestmögliche politische Verteilung unseiner Angehörigen. Diese politische Abteilung ist formell abgetrennt, sie besitzt aber in Wirklichkeit unter anderem Namen ihr Dasein weiter und bildet nach wie vor im Polizeipräsidium einen Staat im Staate. Für die Untertan an Syll ist die Abteilung Ia, das heißt die politische Polizei, in vollem Umfange verantwortlich, denn nur der Geist, der in dieser Abteilung herrscht, hat dem Beamten, der Syll beschloß, die Wuchswaffe in die Hand gedrückt. Der auf der Berliner Polizei lastende Vorwurf wiegt um so schwerer, weil der Polizeipräsident noch vorgestern, sofort nach der Verhaftung Sylls von Genosse Dr. Weinberg darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Sylls Freunde fürchteten, daß Angriffe auf das Leben Sylls erfolgen könnten. Die Polizei war also gewarnt, aufeinander aber wurde jede Vorsichtsmaßregel außer acht gelassen.“

Hugo Stinnes, der Politiker

Von Richard Wolb

Hugo Stinnes hat als Unternehmer seine Machtsphäre nicht nur kommerziell erweitert, sondern läßt auch in das politische Leben seinen Einfluß spielen. Wir in der Sozialdemokratie haben uns mit dem Unternehmerproblem in der modernen Wirtschaft eingehend auseinandergesetzt. Die These, daß der Unternehmer nur eine Schmaroberpflanze an dem Baum der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, stimmt nicht. Hier wirken „motorische Kräfte“, die mit wirtschaftlichem Taschensinn richtig zu erkennen sind.

Man kann als Sozialist sich zur entschiedensten Gegner eines Stinnes bekennen und trotzdem der Ansicht sein, daß die moderne Wirtschaft Leute von großem Format braucht, von genialem Unternehmertum, lebendiger Ini-

tiative und fortwährendem Expansionsstreben. Wir haben als Sozialisten zu beweisen, daß wir heute gleichwertige Repräsentanten für die Wirtschaft der Zukunft einem Hugo Stinnes gegenüberstellen können.

Der privatkapitalistische Unternehmer großen Stils ist ein schlechter Politiker. Er muß es sein. Wenn wir die Bindologie des deutschen Unternehmers im Verlaufe des letzten halben Jahrhunderts betrachten, so finden wir darunter keinen Mann, der sich hätte erfolgreich politisch auswirken können. Dafür fehlt dem Unternehmer der Sinn, die innere Disposition. Er ist gewohnt, nur mit wirtschaftlichen Kräften zu rechnen und zu ringen, mit Dingen zu arbeiten, die als Material von ihm widerstandslos geformt werden können. Er ist nicht eingestuft auf den Menschen. Er ist nicht eingestuft auf Massenpsychologie und Völkerverständnis. Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Der Politiker muß die Gaben besitzen, all die Imponderabilien, das Unwägbarere in dem Empfindungsleben eines Volkes verstehen und begreifen zu können. Aber seine Menschenkenntnis muß sich zu einem verständnisvollen Einfühlen in die Massenpsychologie seines eigenen Volkes und, wenn es sich um außenpolitische Dinge handelt, muß er sich auf dem Gebiet der Völkerverständnislogie zurechtfinden.

Wir sind weit entfernt, bei jeder Gelegenheit auf Hugo Stinnes loszubauen zu wollen. Aber zugleich läßt sich doch erkennen, welchem Ranko in der Urteilsfähigkeit für die Massen- und Völkerverständnislogie die Unternehmernaturen dieser Art besitzen.

Soll man an das Auftreten von Hugo Stinnes in Spa erinnern? Er sieht die Dinge von dem Gesichtswinkel seines Herrscherwillens. Der deutsche Unternehmer Hugo Stinnes sieht als Industriekapitalist von seiner Kommandobrücke das Ausland so, wie er gewohnt ist, wirtschaftliche Tatsachen ohne Beziehung zu den Menschen zu betrachten.

Stinnes hat seine ersten Schiffe vom Stabel laufen lassen und auf die Namen „Sindenburg“ und „Tirpitz“ getauft. Er will nun seinen Willen durchsetzen und dem dritten Schiff den Namen „Ludendorff“ geben. Mindestens die Namen „Tirpitz“ und „Ludendorff“ muß man als eine Provokation gegen das Gefühl nicht nur der Arbeiterchaft, sondern auch weither Kreise des deutschen Volkes betrachten. Wie kann man jetzt in einer Zeit, in der wir gerade die furchtbaren Wirkungen spüren, die Laster zu tragen haben, in die uns jene alte Wilhelmische Politik gebracht hat, eine solche Herausforderung unternehmen! Wenn es einem Stinnes ernst ist, die Arbeiterchaft als mitkaffenden Faktor in der Wirtschaft anzuerkennen, dann muß das allerletzte Feingefühl, das der Mann des politischen Lebens mitzubringen hat, ihn davon abhalten, in einer solchen Frage und in der gegenwärtigen Situation die Arbeiterchaft heranzuziehen.

Hugo Stinnes klagt die jetzige Regierung an, daß keine politischen Führernaturen sich durchgesetzt haben. Zum Führer aber ist Verständnis für das Innenleben der Gesamtheit eines Volkes notwendig. Zum politischen Führertum taugt nicht ein Mann, der es über sich bringt, in einer solchen erregten Zeit der Arbeiterchaft Deutschlands einen derartigen Faustschlag zu verlesen. Das ist das Verrentenmenschen in der Wirtschaft auf das Politische übertragen. Das ist das Unterordnen des Gemeinwohlinteresses unter sein persönliches Herrscherbewußtsein.

Aus der Partei

An die Parteivorstände und Kassierer!

Es kommt immer noch vor, daß die für das Parteisekretariat in Karlsruhe bestimmten Sekretariatsbeiträge nach Mannheim an den Gen. Dahn eingekandt werden. Dadurch entstehen Unannehmlichkeiten und unnötige Portoaussgaben. Wir machen deshalb zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß Gelder für Beiträge, Mitgliedsbeiträge und Verwaltungsmaterial nach Mannheim, dagegen für Sekretariatsbeiträge, Broschüren und dergl. an uns einzuliefern sind.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

„Das kann auch möglich sein!“

„Wichtig ist sie doch!“ „Ich habe ja doch ihre Quittung!“

Sie lief zum Sekretär, kramte unter den Papieren herum, schloß Schublade auf und zu und brachte sich selbst zum Schluß so vorzüglich in Verwirrung, daß Karl sie hat, doch die elenden Quittungen liegen zu lassen, wo sie gerade lagen.

„Ach nein, ich werde sie schon finden!“

Am folgenden Freitag fand Karl denn auch nachhersthaftig in einem der Stiefel, die man aus der finsternen Kammer geholt hatte, in der Emma die Kleider aufbewahrte, einen Bogen Papier, auf dem geschrieben stand:

Die Summe von fünfundsiebzig Franken für dreimonatigen Unterricht und Notennmaterial empfangen zu haben, bescheinigt Felicité Temperenz, Klavierlehrerin.

„Wie kommt die Quittung in meine Stiefel?“

„Ach“, rief Emma, als gehe ihr plötzlich ein Licht auf, „sie ist gewiß aus dem Karton mit den alten Rechnungen und Quittungen gefallen, der oben auf dem Bord steht.“

Von diesem Augenblick an war ihr ganzes Dasein nur noch ein Liebesgewebe, in das sie ihre Liebe wie in einen verfallenden Schleier verband.

Es überkam sie plötzlich ein Bedürfnis, ein Vergnügen, eine wahre Manie zu lügen, so daß man, wenn sie sagte, sie sei auf der rechten Seite einer Straße gegangen, unbedingt annehmen konnte, es sei die linke gewesen.

Eines Morgens, als sie ihrer Gewohnheit gemäß leicht gekleidet war, begann es zu schneien. Karl, der aus dem Fenster nach dem Wetter sah, bemerkte Herrn Bourneisen in dem Wagen des Herrn Luvache, die beide ebenfalls nach Rouen fahren wollten. Er ging hinunter und übergab dem Geistesbesessenen einen Brief mit der Bitte, ihn seiner Frau sofort nach seiner Ankunft im „Noten Kreuz“ zu übergeben. Herr Bourneisen fragte denn auch in dem Gasthaus gleich nach der Madame Bovary, die Wirtin aber antwortete ihm, daß die Dame sehr selten bei ihr einkehre. Als er am Abend Madame Bovary in der „Schwaibe“ sah, erzählte er ihr, ohne übrigens der Sache irgendeine Bedeutung beizulegen, von seinem Mißerfolge sie zu finden. Er schien sich nichts dabei zu denken, denn er knüpfte an seine Worte ein Kompliment, wie es einem Kanzlebedienten, der früher, als er noch in der Kathedrale predigte, besonders den Damen gefallen hatte, wohl ansteht.

Aber was half es, wenn er auch keine Erklärung verlangte? Andere würden weniger vertrauensvoll und distinkt sein. Sie hielt es deshalb für angebracht, jedesmal im „Noten Kreuz“ ab-

zusteuern, und die guten Leute aus ihrem Städtchen machten sich denn auch wirklich keine Gedanken weiter, wenn sie sie in dem alten Gasthaus die Treppe herauf- oder herabsteigen sahen.

Eines Tages aber stieß sie gerade mit Rheureuz zusammen, als sie an Leons Arme das Hotel de Boulogne verließ. Sie fürchtete schon, er werde schwanken, aber er war zu schlau dazu.

Drei Tage später trat er aber bei ihr ein, schloß die Tür hinter sich und sagte: „Ich muß Geld haben!“

Emma erklärte, sie könne ihm nichts geben. Rheureuz bemerkte dann zu jammern und zu stöhnen und erinnerte sie an alle Dienste, die er ihr erwies.

Von den beiden Beschäftigten, die Karl nachgeschrieben, hatte Emma nur einen geholt. Den zweiten hatte der Händler auf ihre Bitte durch zwei andere ersetzt, die gleichfalls schon prolongiert worden waren. Weiter zog er aus seiner Tasche eine lange Reihe unbezahlter Rechnungen für Vorhänge, für den Teppich, für Stoff zu Kautenils, für mehrere Kleider und andere Toilettegegenstände. Im ganzen belief sich die Summe, die sie ihm schuldig war, auf etwa zweitausend Franken.

Sie sah zu Boden, und er fuhr fort: „Wenn Sie auch jetzt kein Geld haben, so haben Sie doch Grundstücke.“

Er nannte ein elendes, altes Haus in Barneville, das Dubouche gehörte, aber sehr wenig einbrachte. Es gehörte früher zu einem kleinen Pachthofe, den Bovary früher einmal verkauft hatte. Rheureuz konnte das Besitztum ganz genau, bis auf die Zahl der Peltare und die Namen der Nachbarn.

„An Ihrer Stelle“, sagte er, „würde ich mich der ganzen Geschichte entledigen, könnte meine Schulden bezahlen und Bekäme noch Geld heraus.“

Sie warf ein, es werde wohl schwierig sein, einen Käufer zu finden. Er drückte die Hoffnung aus, es doch zu ermöglichen, und sie meinte zum Schluß, sie habe ja nicht das Recht, die Parade zu verlaufen.

„Sie haben doch die Vollmacht!“ entgegnete er. Dies Wort unfähelte sie wie ein feiner Windhauch. „Lassen Sie mir die Rechnung hier“, sagte Emma.

„Das ist ja nicht nötig“, erwiderte Rheureuz. In der folgenden Woche kam er wieder und erzählte ihr, er habe nach angestrengtem Suchen einen Mann, namens Ranglois, gefunden, der schon seit langem ein Auge auf das Haus in Barneville geworfen habe, ohne noch zu wissen, wieviel man dafür fordere.

„Auf den Preis kommt es nicht so sehr an“, rief Emma lebhaft.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kommunistenputsch

Die Folgen der Erschießung Sylls

Wie die „P. B. R.“ erfahren, fanden beim Polizeipräsidenten Köhler im Polizeipräsidium längere Besprechungen über die Erschießung des Kommunisten Syll statt. Zunächst empfing der Polizeipräsident einen mehrköpfigen Ausschuss des Heizer- und Maschinenverbandes, d. h. der Gewerkschaft, der Syll als Führer der städtischen Elektricitätsarbeiter angehört hatte. An die Aussprache mit den Vertretern des Heizer- und Maschinenverbandes schloß sich eine Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaftskommission, in der ebenfalls die sachlichen Vorgänge bei der Erschießung Sylls und die damit verbundenen politischen Fragen ausgiebig erörtert wurden. Auf Wunsch des Polizeipräsidenten wählten dann die Heizer- und Maschinenisten drei Mann aus ihrer Mitte und die Gewerkschaftskommission entsandte zwei Vertreter zu dieser Kommission, die dem Wunsch des Polizeipräsidenten entsprechend sowohl an einer Befehlserkundung im Polizeipräsidium wie an der Untersuchung über den Vorfall der Erschießung Sylls teilnehmen soll, um so Gelegenheit zu haben, den Vertretern der Arbeiterschaft einen möglichst objektiven Einblick in den Vorfall zu geben. Regierungsrat Moesle vom Polizeipräsidium wird diese Untersuchung in Gegenwart der Kommission führen.

W. B. Berlin, 2. April. Heute vormittag hat im Polizeipräsidium ein Termin in der Angelegenheit der Erschießung Sylls stattgefunden. Hieran haben u. a. Mitglieder der Gewerkschaftskommission, Führer der Heizer- und Maschinenisten des Betriebsrats der Elektricitätswerke teil. Die Feststellungen bestätigen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung in vollem Maße und bedürfen sich mit den darüber gemachten Veröffentlichungen.

Gemeingefährliche Streikaktion

W. B. Berlin, 2. April. Entgegen den Beschlüssen der Funktionärerversammlung der städtischen Arbeiter, das Ergreifen der Untersuchung über Sylls Tod abzuwarten, bevor man zu weiteren Maßnahmen schreite, sind die Arbeiter der städt. Gas- und Wasserwerke in Lichtenberg in den Streik getreten. Sie verlangen sofortige Aufhebung des Schießbefehles und wollen gleichzeitig gegen die Erschießung Sylls demonstrieren. Sie erklären weiter, daß sie erst dann wieder die Arbeit aufnehmen werden, wenn ihre Forderungen restlos bewilligt sind. Aufstandsarbeiten sollen ausgeführt werden.

Sondergericht für den Mordanschlag an der Siegessäule
Berlin, 3. April. Die unter dem Verdachte der Teilnahme an dem Mordanschlag auf die Siegessäule Verhafteten werden, wie die Berliner Presse mitteilt, zu ihrer Aburteilung vor ein der laut Verordnung des Reichspräsidenten gebildeten Sondergericht gestellt werden.

Versammlungsverbot in Berlin aufgehoben

W. B. Berlin, 3. April. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Das von mir aufgrund des Art. 128 der Reichsverfassung unter dem 28. März angeordnete Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel und aller Straßen-demonstrationen hebe ich hiermit auf.

Das Sondergericht gegen die kommunistischen Anführer
W. B. Halle, 2. April. Das erste Sondergericht, das die Anführer zur Aburteilung bringt, tritt am Montag zusammen. Es setzt sich aus zwei Berufs- und zwei Laienrichtern zusammen.

Säuberung im Bezirk Liebenwerda

Liebenwerda, 3. April. Verbrechen der Bande terrorisieren weiter die Bevölkerung und verhindern die Arbeitswilligen am Betreten der Arbeitsstätte. Gestern früh ist unter Führung des Obersten Kreisjägers mit der Säuberung des Landbesitzes begonnen worden.

Zusammenstöße in Sadjan

Berlin, 3. April. Einer Mitternacht aus Dresden zufolge kam es gestern abend in Dresden zu einem Zusammenstoß zwischen kommunistischen Demonstranten und der Schutzpolizei. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

2000 Verhaftete

Berlin, 3. April. Laut „Post. Bg.“ übersteigt die Gesamtzahl der Gefangenen, die bisher in Mitteldeutschland gemacht worden sind, bereits 2000. Die Meldungen aus Mitteldeutschland, daß mehrfach Leichen von Schutzpolizisten, die in den Kämpfen mit den Kommunisten gefallen sind, in erschrecklicher Weise verkrüppelt worden sind, werden von zuständigen Stellen bestätigt. Es sind photographische Aufnahmen solcher

Die Hamburger „Produktion“

Diese Schilderung entnehmen wir dem „Hamburger Echo“. Mögen viele Leser sich dadurch anregen lassen zu genossenschaftlichem Streben.

Genossenschaften sind Kinder der Not. In Notzeiten und als deren Folgen sind die meisten Konsumgenossenschaften gegründet. Auch in Hamburg war es ein Notland, der die Arbeiter dem genossenschaftlichen Denken zugewandter machte. Während des Nietenlampes, den im Jahre 1896 die Hafenarbeiter und Seeleute ausfochten, wurde angeregt, die Kaufkraft der für den Streik eingehenden Gelder dadurch zu vergrößern, daß Lebensmittel im großen eingekauft und an die Streikenden abgegeben werden sollten. Ein Gedanke, der schon bei dem großen Doderstreik in London ausgeführt worden war. So erwagenswert dieser Gedankengang war, durch Einkauf im großen den vielen Hunderttausenden Markt Streikgeltern eine größere Wucht zu verleihen, so unburdensam war diese Idee während des Kampfes.

Erst nach Beendigung des Streiks im März 1897 wurde diese Idee von in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung hervorragenden tätigen Genossen weiter verfolgt. Private Besprechungen führten zu dem Beschluß, der Kommission des Hamburger Gewerkschaftsrates diese Frage zu unterbreiten. Das Gewerkschaftsratsrat nahm sich der Frage an und nach langen, umfangreichen Beratungen beschloß die Kartellversammlung, sich mit der Gründung einer Konsumgenossenschaft einverstanden zu erklären und sofort in eine Propaganda für den zu gründenden Konsumverein in den Gewerkschaften einzutreten.

Der Konsumverein erhielt den Namen Konsum, Bau- und Sparverein „Produktion“. Trodem vom Gewerkschaftsratsrat Flugblätter in Auflagen von Zehntausenden, ja eines sogar in 200 000 Exemplaren, herausgegeben waren, nahm die Mitgliederzahl nur sehr langsam zu. In der konstituierenden Generalversammlung am 24. Januar 1898 waren nur etwa 800 Mitglieder anwesend. Aber der Idealismus und die unerfütterliche Zuversicht der Anhänger des Genossenschaftsgedankens überwand den Widerstand. Sie warben täglich neue Mitglieder und Laffierten in Raten von 50 % den Anteil, der auf 30 % bemessen war. In kurzer Zeit war ein Vermögen von circa 15 000 M vorhanden, und nur konnte man zu der Errichtung der ersten Verkaufsstelle am Großmarkt schreiten.

Die neue Vereinigung sollte, wie jeder Verein, den Einkauf von Waren im großen und die Abgabe im kleinen an die Mitglieder durchzuführen, um den Händlerprofit auszuschalten. Sie

verkrüppelter Leichen erfolgt, die demnach der Öffentlichkeit als Beweismittel vorgelegt werden.

100 000 Mark für die Geiangenahme von Holz

Berlin, 3. April. Wie die „Post. Bg.“ erklärt, ist auf die Ergreifung des Kommunisten Holz von der preussischen Regierung eine Belohnung von 100 000 M ausgesetzt worden. Es wird auf die Verhaftung des Holz deshalb besonderer Wert gelegt, weil unabweisbar feststeht, daß er der geistige Leiter des ganzen kommunistischen Auftrages und auch der Urheber der zahlreichen Anschläge auf Eisenbahnen, Postgebäude und auch auf die Siegessäule gewesen ist.

Verdringung von Schutzpolizisten

W. B. Berlin, 2. April. Gestern fand hier vom Polizeipräsidium aus die Verdringung der in den Kämpfen mit den Kommunisten gefallenen Opfer der städtischen Schutzpolizei auf dem Ehrenfriedhofe statt. An der Verdringung nahmen über 20 000 Personen teil. Zur Zeit des Begräbnisses explodierte auf dem Hofe des Polizeipräsidiums eine Handgranate, die drei Beamte der Schutzpolizei tötete und 11 zum Teil schwer verletzte.

Die Entente zu den kommunistischen Waffenhellereien

W. B. Berlin, 3. April. Presseinformation meldet aus Paris, daß aufgrund der bisherigen Ergebnisse der kommunistischen Waffenhellereien durch die deutsche Polizeitruppe Vorstellungen der Entente gegen die ungenügende Durchführung des Entwaffnungsgesetzes erfolgen würden. Auch die neuerliche Heise des Generals Nollet nach Paris stehe in Verbindung mit dem Waffentritt der Kommunisten. Die Pariser Blätter behaupten, daß im mitteldeutschen Aufstandsgebiet von den deutschen Polizeitruppen 19 800 Gewehre, 16 Maschinengewehre und 60 000 Schuß Munition erbeutet wurden.

Kämpfe mit Verdrerbanden

W. B. Berlin, 3. April. Am 1. April find von Halle nach Eisenleben die Polizeigruppen gegen die bei Seefenstern festgestellten Kurtrücker vorgegriffen und haben die Bande, die 500 Mann stark war, gefesselt und verjagt. Die Kommunisten verloren 20 tote und ebensoviele Gefangene und Vermundete. 6 Maschinengewehre, 150 Gewehre und viel Munition fielen in die Hand der Polizei. Auch von Merseburg aus wurde eine Säuberungsaktion erfolgreich vorgenommen, bei der etwa 50 Gefangene eingebraut wurden.

Offizieller Bericht über die Situation in Mitteldeutschland

W. B. Magdeburg, 3. April. Die Meldebüro des Oberpräsidiums teilt mit: Im Regierungsbezirk Magdeburg ist alles ruhig, ebenso in Halle — Regierungsbezirk Merseburg. Es werden noch fortwährend Streifen ausgeführt, die von Erfolg sind. So wurden zwischen Seifstedt und Eisenleben noch 44 Kommunisten festgenommen. In Wittenberg ist der Streik abgebrochen. Im Unstruttale finden dauernd Streifen statt. Die von kommunistischer Seite verbreitete Nachricht, monach im Leunaer Werk, in dem noch viele Hunderte als Gefangene sitzen, Epidemien ausgebrochen und Standgerichte eingesetzt worden seien, die Todesurteile sprachen und vollstreckten, entbehrt jeder Grundlage. Eine dort eingesetzte Kommission, bestehend aus dem Reichsstaatsanwaltschaftsrat Krüger, Bauer-Werkeburg, Major Henkel und Oberarzt Dr. Krüger haben ein Gutachten dahin abgegeben, daß keine Epidemien im Lager vorhanden sind und keine Standgerichte bestanden, bezw. Todesurteile gesprochen oder vollstreckt wurden.

Kampf mit Artillerie gegen Wanden

W. B. Halle, 3. April. Unter Einfluß von Artillerie konnte gestern von der Schutzpolizei das hart besetzte Dorf Seefenstern genommen werden. Die Rebellen ließen viele Tote und Verwundete auf dem Platz sowie eine ganze Bagage von verzögert bespannten Fuhrwerken und mehreren Autos. Die hier geschlagene kommunistische Bande wurde dann gegen die anhaltische Grenze abgegrängt und dort festgenommen. Gegen 60 Personen ist Haftbefehl erlassen worden.

Belgische Truppen gegen Kommunisten

Brüssel, 3. April. (Agence belgique.) Ueber die Zwischenfälle, die sich in Brüssel ereignet haben, werden folgende Einzelheiten berichtet: Zwischen Kommunisten, die in größerer Zahl die linksrheinischen Kohlenzechen besetzt hatten, und nichtkommunistischen Arbeitern war es in dieser Gegend zu Zusammenstößen gekommen. Belgisches Militär griff ein. Hierbei wurden drei Arbeiter getötet und 27 verwundet.

sollte zugleich Wohnungen errichten und sollte ferner eine Sparkasse einführen, damit nicht nur die Kaufkraft, sondern auch die Spargelder der Mitglieder dem Profitstreben entzogen würden, und endlich drückte der Name „Produktion“ aus, daß man die Werkstoffe des täglichen Gebrauches in eigener Erzeugung herstellen wollte.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ sollte also dazu beitragen, eine Wirtschaftsbildung zu errichten, in der die Gütererzeugung und Verteilung so geordnet wird, wie es das Wohlergehen der Allgemeinheit fördert, im Gegensatz zu der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wo der Profit der Punkt ist, um den sich alles dreht.

Nach diesen Grundzügen ist die „Produktion“ verfahren. Der konsequente Fortschritt verbandt sie ihre gewaltige Entwicklung und die hervorragende Stellung in der Genossenschaftsbewegung. Die „Produktion“ hat nicht, wie so viele Konsumvereine, in den Anfängen der Genossenschaftsbewegung das Hauptgewicht darauf gelegt, eine hohe „Dividende“ an die Mitglieder auszugeben. Sie war im Gegenteil bemüht, ihre Mitglieder vor diesem kurzfristigen Standpunkt zu bewahren und sie zu einer höheren Auffassung ihrer Aufgaben zu erziehen. Nicht hohe Rückvergütung, sondern Stärkung der Nerven und Ausbau des Unternehmens war das Ziel, das sich die Gründer stellten.

Was sie erreichten, ist erreicht. Die „Produktion“ hat einen gewaltigen Aufschwung genommen. Hatte sie am Schluß des ersten Geschäftsjahres 2859 Mitglieder und einen Umsatz von 63 000 M, so hat sie heute 122 000 Mitglieder und 320 000 000 M Umsatz. Die Zahl der Verkaufsstellen erhöhte sich in dieser Zeit von 6 auf 230. Geradezu bewundernswert ist die Entwicklung der Eigenbetriebe. Mittels der in der genossenschaftlichen Wirtschaft erprobten Profite, die sonst Privatleuten zufließen würden, war es möglich, neben Erparnissen, die die Mitglieder zurückberühmt bekamen, eine Anzahl großer moderner Betriebe zu errichten.

In erster Stelle ist hier die Schlächterei zu nennen, die heute eine der größten in Deutschland ist. Schon vor dem Kriege war es möglich, in der Woche über 1000 Schweine und 200 Rinder zu betreiben. Selbstverständlich werden die Fleischwaren in sanitären, einwandfreien Räumen unter Aufsicht moderner Maschinen und Beobachtung der peinlichsten Sanitätsherrschafft hergestellt. Das letztere gilt natürlich für alle Zweige der Nahrungsmittelherstellung. Besonders deutlich wird dies auch an der Bäckerei, wo das gereinigte Mehl durch Maschinen verarbeitet wird, ohne daß die menschliche Hand mit ihm in Berührung kommt. 22 Doppelauszugöfen

Sindische Politik

Die „blinde“ Frau Justitia

Wir haben in letzter Zeit wiederholt Ursache gehabt, uns über Urteile baltischer Gerichte gegenüber Angeklagten aus dem Arbeiterstande aufzuhalten, die in ihrer Härte und Schärfe in großem Gegensatz zu der Milde standen, mit der Angeklagte aus bürgerlichen Kreisen behandelt werden. Wir erinnern nun an einen Strafbefehl, den das Amtsgericht in Bruchsal gegen einen armen Arbeiter erließ und der auf 39 Tage Gefängnis lautete, weil der arme Mann für 10 M. Holz im Walde aufgelesen hatte; oder an die Verhängung einer mehrwöchigen Untersuchungshaft über einige junge Burschen aus Godelsheim, die mit ihrem Begleitgenossen, dem Polizeibeamten, am Ende der Bäckerei in Gandel gerieten und dann, nachdem man sie mehrere Wochen in Haft behalten hatte, zu geringfügigen Geldstrafen verurteilt wurden. Frau Justitia kann also sehr hart sein. Sie kann aber auch sehr milde sein, was folgendes Vorkommnis beweist:

Der Student D. aus Bremen ging vor einiger Zeit in Karlsruhe in nachtschlafender Zeit nach einer akademischen Feier in angeblich (!) angetrunkenem Zustand durch die Kaiser- und Amalienstraße seiner Wohnung zu. Unterwegs schloß er drei Schaukästen an einem Warenhause ein, nimmt die herausgefallenen und offen daliegenden Gegenstände in seine Wohnung mit, wo er sie zunächst gut versteckt. Wochenlang sucht die Polizei erfolglos nach dem Verbrecher. Eines Tages findet sich der Student genötigt, die besagten Gegenstände beiseite zu schaffen. Er geht nicht etwa nach dem Rheinhafen oder in den Stadtwald, um sie verschwinden zu lassen, sondern trägt sie zum Altändler! Der Monatswechsel seines „alten Herrn“ betrug 1000 M! Der junge Mann wird festgenommen. Es ergeht Haftbefehl wegen schweren Diebstahls (Verbrechen). Nach einigen Tagen kommt die Mutter des Delinquenten und erzählt dem die Untersuchung führenden Staatsanwalt irgend etwas von Geisteskrankheit in der Familie. Ohne diese Angaben näher zu prüfen, setzt der Staatsanwalt den Verhafteten auf freien Fuß, noch bevor die Aufhebung des Haftbefehls beim Amtsgericht beantragt war. Nach dem Geheiß dabei der Art der straflosen Handlung eine Anlage vor die Strafkammer erfolgen müssen. Das geschah aber nicht. Statt dessen beantragt derselbe Staatsanwalt beim Amtsgericht die Erlassung eines Strafbefehls über 800 M wegen Unterschlagung, begangen in „sinnloser Trunkenheit“! Bei objektiver Würdigung der Vorkommnisse hätte das Amtsgericht die Erlassung des beantragten Strafbefehls ablehnen sollen. Das geschah ebenfalls nicht, der junge Herr wurde dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend bestraft.

Nicht bewiesen war in dem Verfahren die angebliche „sinnlose Trunkenheit“, nicht bewiesen waren die angeblichen Degenerationsercheinungen in der Familie des Studenten, es fehlte ferner das Sachverständigenurteil, wonach der junge Herr an einem verborgenen Gehirndefekt litt, der sich unter der Alkoholeinwirkung in Verdringungswut usw. äußert. Ueber die Sachbeschädigung, die durch die Zertrümmerung der Schaukästen entstanden war, hat man den Rameil christlicher Nächstenliebe gehängt und in dem Strafbefehl nichts erwähnt.

Eine derartige Vergewaltigung des Strafgesetzes zugunsten eines Angehörigen einer bestimmten Gesellschaftsklasse ist doch geradezu auffallend, wenn man noch im Vergleiche dazu die oben angeführten Urteile und Verfahren gegen Arbeiter gegenüber stellt. Mit der Blindheit der Frau Justitia scheint es also wirklich nicht weit her zu sein; sie verfehlt recht gut unter ihrer Binde herabzuschlingen und sich den „Verbrecher“ anzuschauen, den sie vor sich hat. Vertrauen zur Justiz wird aber im Volke durch solche Rechtsprechung sicher nicht erweckt.

Konferenz der Finanzminister. Wie der Badische Landespresidenten erklärt, wird am nächsten Dienstag in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth eine Besprechung im Reichsfinanzministerium stattfinden, an der die Finanzminister aller deutschen Länder teilnehmen werden. Wie wir hören, handelt es sich dabei um die durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz geschaffene finanzpolitische Lage.

Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Die Wahlen der 36 Vertreter der landwirtschaftlichen Unternehmer und der ihnen gleichgestellten Personen zur Landwirtschaftskammer finden am Sonntag den 22. Mai und die Wahlen der acht Vertreter der landw. Arbeitnehmer am Sonntag den 29. Mai statt.

Das 40jährige Berufsjubiläum als politischer Journalist feierte am 1. April Herr Adam Köber, der Herausgeber der „Edd. Konf. Korrespondenz“. Herr Köber, der frühere Leiter der konfessionellen „Bad. Post“, genießt in allen politischen Kreisen des Landes, ohne Ausnahme der Parteilichkeit, ein hohes Ansehen. Die Vornehmheit der Geminnung und der Mut des Bekenntnisses auch dort, wo es mit überlieferten Konser-

gestatten eine wünschenswerte Erzeugung von rund 600 000 Runden. In anderen Betrieben sind noch zu nennen die Mühle, die Malmfabrik, die Malsfabrik und eine Reihe technischer Nebenbetriebe. Auch ein Landgut in Schwabheim ist erworben, das hauptsächlich für Schweinezucht und Schweinemast bestimmt ist. Auch eine eigene Molkerei besitzt die „Produktion“. Um auch Biegelsteine für den Häuserbau in genossenschaftlicher Wirtschaft herstellen zu können, ist eine Biegelerei in Lauenburg erworben. Auch der Hausbau ist erfolgreich betrieben worden. Viele Betriebsgebäude und 103 Wohnhäuser geben von der Bautätigkeit der „Produktion“ Zeugnis, 976 Wohnungen sind im Besitz der Genossenschaft.

Diese von Erfolg gekrönte Tätigkeit hat der „Produktion“ in weiten Kreisen nicht nur einen Namen, sondern auch großes Vertrauen verschafft. In den 40 Millionen Mark Sparanlagen, die heute den Einlagebestand der Sparkasse des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ bilden, spiegelt sich dies wieder.

Aber dieses gewaltige Wachstum ist nicht durch das Bon-Erfolg-zu-Erfolg-Schreiten der „Produktion“ allein zu erklären. Seit 1902 besteht ein Mitglieder-ausschuß, der die Aufgabe hat, die Verwaltung in ihren agitativen und organisatorischen Maßnahmen zu unterstützen und das Einverständnis zwischen Verwaltung und Mitgliedern darzustellen. Für jede Verkaufsstelle wurden drei Mitglieder in den Mitglieder-ausschuß entsandt. Neben diesem war noch ein großer Funktionärkörper tätig, um die genossenschaftliche Arbeit und Aufklärungsarbeit zu leisten.

In der Zeit der ungeheueren Geldentwertung müssen auch die Genossenschaften darauf sehen, ihr Genossenschaftskapital zu stärken. Auch hier obliegt dem Mitglieder-ausschuß und den Funktionären die mühselige Aufgabe, die erhöhten Geschäftsanteile, die früher fast stets nur durch Erparung der Rückvergütung angesammelt wurden, durch Hausfasserung einzuholen. Daneben hat die „Produktion“, wie viele Konsumvereine und industrielle Unternehmungen, auch Zeitschriftenverlagen zu einem Zinsfuß von 5 Proz. herausgegeben.

Der soziale Charakter der „Produktion“ kommt auch in der Errichtung des Kindererholungsheimes in Hoffrug zum Ausdruck. Aus den Leberhäusern, die die „Produktion“ während der Kriegszeit an Oereslieferungen gemacht hat, wurde dieses Werk aufgebaut. Im Jahre können über 1000 Kinder auf vier Wochen Pflege und Erholung im Heim finden. Das ist ein Werk genossenschaftlicher Tätigkeit, das in sozialer Beziehung nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Die Bedeutung der Genossenschaft und auch der „Produktion“ wird vielfach unterschätzt. Unterschätzt deshalb, weil viele

ihnen Parteianhänger nicht übereinstimmen, stellen ihn zum Hoch über die reaktionären Klopfflechter, die heute in der konservativen Presse des Landes, der „Bad. Post“ und der „Südd. Ztg.“ ihr Unwesen treiben, und die Herr Adam Röder selbst oft genug als die schlimmsten Feinde der von ihm vertretenen Weltanschauung bezeichnet hat. Die vollständige innere Abkehr Adams Röders von dem System des alten preußisch-junkerlichen Polizei- und Militärstaates, den seine Nachfahren in der genannten badiſchen Presse mit allen Mitteln wieder zurückzuführen trachten und der Freimut, mit dem er jenem System seinen Schuldanteil am deutschen Zusammenbruch zumißt, sind bekannt, und ebenso ist die Ehrlichkeit, mit der er den Leistungen der jungen deutschen Republik gerecht wird, aufs vortheilhafteste ab von den innerlich unwahnsinnigen und geſchäftigen Methoden, nach denen die derzeitigen Mäcker der konservativen Presse des Landes alles das herunterreißen und befudeln, was nach der Novemberrevolution geworden ist.

Soziale Rundschau

Tagung der badiſchen Krankenkassen

In Neustadt fand eine Tagung der Vertreter der oberbadiſchen Krankenkassen, denen die Krankenkassen von Oberfrank bis nach Konstanz angeschlossen sind, statt, die sich u. a. mit dem Militärereignisgesetz beschäftigte. In der Aussprache kam man zu dem übereinstimmenden Auffassung, daß die vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Leitſätze zum Militärereignisgesetz durchdringend durchzuführen sind und das Geſetz des grünen Tisches an sich tragen. Wären die Krankenkassen gezwungen, nach diesen Grundſätzen zu verfahren, so wäre das in hohem Maße für die Kriegsgeschädigten besonders in solchen Fällen, wo solche Hilfe geboten erscheint. Ein von der Versammlung ernannter Ausschuss soll die Leitſätze einer Abänderung unterziehen und sie sodann dem Reichsarbeitsministerium einreichen. Anschließend wurde noch von Hrn. Hegelmeier-Oberfrank das badiſche Fürsorgegesetz besprochen. Von der Tagung wurde zum Ausdruck gebracht, daß für die Beamten der Krankenkasse die Pflichtversicherung unbedingt eingeführt werden müsse. In diesem Sinne wurde eine Entschließung an den Landtag und die badiſche Regierung gerichtet.

Gemeindepolitik

Freiburg, 1. April. Die Bilanz der Kinder, die ohne genügende Unterleider die Schule zu besuchen gezwungen sind, hat ergeben, daß über 4000 solcher Kinder vorhanden sind. Vielfach wurde sogar das Fehlen von Hemden und Strümpfen festgestellt. Diese Zustände beleuchten am deutlichsten die in manchen Stadtteilen herrschende Notlage, namentlich in bezug auf die Kleidung.

Freiburg, 1. April. Sehr betrübliche Valutaschulden hat die Stadt Vörsach für aus der Schweiz bezogene Milch, Milchfette, Fleischwaren, Kartoffeln und andern Lebensmitteln. Sie betragen nämlich nach der neuesten Zusammenstellung 708 289 Franken.

Freiburg, 1. April. Ueber die fernere Verwendung der Kartoffelkerne ist nun endgültig entschieden worden. Sie ist durch Kauf vom Staate in den Besitz der Stadt Freiburg übergegangen. Die Stadt tritt dafür dem Staat das alte Univerſitätsgebäude in der Verhölthstraße nebst Univerſitätskirche ab und bezahlt außerdem ein Aufgeld von 250 000 M. Die Kerne soll vollständig zur Unterbringung häßlicher Kerne eingerichtet werden, nachdem sie jahrelang bis zum Kriegsende den größten Teil des Infanterieregiments 118 in ihren Räumen beherbergt.

Aus dem Lande

Wortheim, 1. April. Ein in Philadelphia zusammengetretene Komitee von ehemaligen Wortheimern hat für bedürftige Wortheimer Kinder 25 000 M. gespendet.

Walden, 1. April. Gestern nachmittag wurde hier die Leiche eines 15jährigen Dienstmädchens aus dem Nedar gezogen. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Heberlingen, 1. April. Wie der Ringgaubote berichtet, wurde die vielbesuchte Kartenschlagerin B. im Zitronengäßchen verhaftet, weil sie dringend verdächtig erscheint, sich gegen den S. 180 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen zu haben. Namentlich Dienstmädchen sollen zu ihren Kunden gehört haben.

Neustadt im Schwarzwald, 1. April. Zur Förderung der privaten Bautätigkeit zwecks Abhilfe der Wohnungsnot bewilligte der Bürgerausschuss einen Kredit von 300 000 M., von seiten des Reiches wird ein Zuschuß von 100 000 M. erwartet.

Belehshöfen. Die Sperre für Frachtfüßgüter nach Halle-Ort und für die in Halle umzuladenden Frachtfüßgüter Richtung Nordhausen—Mggenleben—Berlin und Magdeburg ist aufgehoben. — Gesperit ist bis auf weiteres die Annahme aller Güter nach den Stationen der Städte Sandesleben (Anhalt), einschließlich, Blankenheim (Kreis Sangerhausen) einschließlich, sowie im Durchgang über diese Städte.

Im täglichen Leben nur die Kleinigkeiten in der Arbeit der Genossenschaften und nicht das große Ziel, das dahinter liegt, erblicken. Durch Ueberführung immer neuer Wirtschaftszweige wollen die Genossenschaften an der Erreichung der Sozialisierung mitwirken. Vieles ist in dieser Beziehung schon durch die „Produktion“ erreicht, aber noch viel mehr könnte erreicht werden, wenn die Tausende von Familien, die heute noch der Konsumgenossenschaft fernstehen und durch ihren Kauf die Privatwirtschaft unterstützen, ihren Einkauf in der „Produktion“ machen würden. Dann wird das Wort, das Clara Zetkin nach einer Besichtigung der „Produktion“ im Jahre 1910 in deren „Goldenes Buch“ schrieb, immer größere Wahrheit erlangen: „Die „Produktion“ ist ein wundervolles Schulbeispiel von der Produktivität der Arbeit, von der Fülle geistiger und organisatorischer Talente, idealer Eingabe und Willenskraft des Proletariats! Sie ist ein Stück seiner Aufwärtsbewegung!“

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn. Von Argentarius. Bank-Verlag, Berlin W. 57. (Preis 12,50 M.) Von diesen bekannten Briefen liegt eine neue Sammlung vor, die sich „Tom Geld“ betitelt. Die Art und Weise, wie hier der Bankdirektor seinen Sohn, oder richtiger der Verfasser, seine Leser, über das Wesen und die Wirksamkeit des Geldes belehrt, ist nichts weniger als trocken und nüchtern. Der Stoff ist im Gegenteil in einer so fesselnden Weise behandelt, daß man das Buch nicht aus der Hand legt, bevor man die letzte Seite gelesen hat. Ein ganz neues Licht fällt hier auf das Weltwesen. Mit überzeugender Klarheit deutet Argentarius die Ursachen des Währungssehwunds auf, unter dem heute die halbe Welt leidet. Im Gegensatz zu dem guten Geld, das ein Recht darstellt, sind die von den Kapitalisten und ihren Bankgeschäften geschaffenen Zahlungsmittel schlechtes Geld, das ein himmelstreichendes, ganze Volkstassen ins Elend stürzendes Anrecht bedeutet. Diese Auffassung, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch zieht, wird von Argentarius in überzeugender und höchstinteressanter Weise begründet.

Einholung der Handelsgenehmigung. Die Kartoffel-Zerlegung schreibt amtlich: In weiten Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß Käufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere von Lebensmitteln und Futtermitteln, die gegen Provision aufkaufen, keiner besonderen Handelslaubnis bedürfen, wenn die Firma, für die sie tätig sind, bereits im Besitz der Handelsgenehmigung ist. Diese Auffassung ist irrig. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß alle betriebl. Provisionskäufer einer Handelsgenehmigung des zuständigen Bezirksamts bedürfen. Ausgenommen sind nur Angehörige gegen festen Gehalt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 4. April Geschichtskalender

4. März, 1821 Rulmer geht nach Worms. — 1871 Gustav Flourens, Mitglied der Pariser Kommune, in Rußland gef. — 1920 Einigungskabinett in Dänemark. Ende des Generalstreiks.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 7 1/2 Uhr in der „Krone“, Amalienstraße, Vorstandssitzung.

Bezirk Weierheim. Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, findet im „Beierheimerhof“ unsere Mitglieder-Versammlung statt mit Vortrag. Wir haben dieses Mal vom Samstag Abends genommen, damit auch unsere Genossinnen und Genossen von den Naturfreunden teilnehmen können. Nicht alle Genossinnen und Genossen ist, kräftig für diese Versammlung zu agitieren. Volkstribüneleser sind ebenfalls freundlich eingeladen. Karten zur Abende-Versammlung sind bei Hermann Müller, Maria Magdalenastr. 22 und bei Einlasser Wächter, Gebhardstr., zu haben.

Bezirk Miltheim. Am Dienstag den 5. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im „Schwanen“ unsere Monatsversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Tagesbericht, Tätigkeitsbericht und Neuwahl des örtlichen Vorstandes. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Förderung des Wohnungsbaues

Im letzten Stadtratsbericht ist zu lesen: Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen im Reichstage läßt sich noch keineswegs mit Sicherheit entnehmen, daß und wann die Städte besondere Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Wohnungsbau (Wohnabgabe) erhalten werden. Andererseits hat die Wohnungsnot durch die bisherigen Maßnahmen der Stadt noch keineswegs behoben werden können, vielmehr hält das städt. Wohnungsamt die Entwidlung für geradezu katastrophal. Der Stadtrat kann deshalb für die Verpflichtung nicht entziehen, wenigstens die Vorarbeiten für weitere Wohnungsbauten (Wohnabgabe II, 1921) so zu betreiben, daß in dem Augenblick mit dem Bauen begonnen werden kann, in dem die Deckung der aufzuwendenden Mittel sichergestellt ist. Vorgezogen sind Häuser an der Kollstraße, an der verlängerten Gerwigstraße und in Miltheim im Gebiet der Gartenstadt Karlsruhe, in Daxlanden und an der Parkstraße. Er wird demnach dem Bürgerausschuss dieses Vauprogramm zur Genehmigung vorlegen mit der Einschränkung, daß mit dem Bauen erst begonnen werden darf, nachdem durch ein Wohnabgabegesetz die Deckung der Bauforderungen gewährleistet ist. In dem neuen Vauprogramm ist auch vorgesehen, Zuschüsse für Wohnungsbauten an Einzelpersonen (Private) zu gewähren. Der Stadtrat hat einem Vertragsmuster, das die Bedingungen enthält, unter welchen solche Zuschüsse gewährt werden sollen, seine Zustimmung erteilt. Es dürfte sich empfehlen, daß Interessenten von diesem Vertragsmuster beim Bürgermeisterrat (Miltheim, 2. Stock, Zimmer Nr. 80) Einsicht nehmen, damit sie gegebenenfalls ihre Entschlüsse fassen können. Auch für die Gewährung von Zuschüssen an Private für Wohnungsbauten sind Vertragsmuster vom Stadtrat genehmigt worden. Das Wohnungsamt wird sie Interessenten zur Kenntnis abgeben.

Die beim Wohnungsbau 1920 eingetretene Ueberschreibung in Höhe von rund 8 Millionen Mark wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratsitzung

Spenden. Die Einwohner der Gemeinde Rheinsheim haben für die hiesige minderbemittelte Bevölkerung 108,40 Zentner Kartoffeln gesammelt und unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ebenso haben die Einwohner der Gemeinde Büdingen 91,9 Zentner Kartoffeln zu gleichem Zweck und zu ermäßigtem Preise abgegeben. Der Stadtrat spricht für diese willkommenen Gaben herzlichen Dank aus.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Dr. Hans Kampfmeyer hat wegen Wegzugs von hier sein Amt als Stadtorbener niedergelegt. An seine Stelle tritt nach dem gesetzlichen Bestimmungen als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der sozialdemokratischen Partei Schloffer Josef Kiefer.

Altsalbau. Dem Gesuch des Kreisaußschusses Karlsruhe entsprechend erklärt sich der Stadtrat bereit, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, einen jährlichen Zuschuß zu den Betriebskosten der Altsalbau im Jahre 1920 in Höhe von 68 513 M. zu leisten. Er sieht diesen Betrag im Entwurf des Haushaltsplanes 1921/22 vor, setzt aber dabei voraus, daß die Altsalbau den Wünschen der Stadt in Bezug auf die Ausgestaltung ihres Verkehrs, insbesondere nach dem Vortritt Müppurr, möglichst entgegenkommt.

Betriebsrats-Rufe

—f. Durch die Feiertage sind zwei Tage in dem Kurs für Arbeiterrecht ausgefallen, welche jetzt nachgeholt werden müssen, um den Kurs zum Abschluß zu bringen und den Wechsel der Lehrer vorzunehmen zu können. Den Teilnehmern an den Kursen für Arbeiterrecht und Deutschlands Wirtschaftsleben zur Nachricht, daß die Stunden an folgenden Tagen stattfinden: Montag, 8., und Dienstag, 4. April, von 5—7 Uhr: Arbeiterrecht (Kaufleute, Brauereiarbeiter, Metallarbeiter, Lithographen und Steinbrüder, Bekleidungsarbeiter). Von Donnerstag, 6. April ab findet dann der Wechsel der Lehrer in den beiden Kursen statt, und zwar haben zum erstenmale die bisherigen Kursteilnehmer an Arbeiterrecht (Kaufleute, Brauereiarbeiter, Metallarbeiter usw.) Unterricht über Deutschlands Wirtschaftsleben bei Herrn Gemeindeführer Schmeckel. Am Freitag, 7. April, haben zum erstenmale die bisherigen Kursteilnehmer von Deutschlands Wirtschaftsleben (Bau- und Steinbrüder, Lithographen, Eisenbahner usw.) Unterricht über Arbeiterrecht bei Herrn Gemeindeführer Schmeckel. In der folgenden Woche haben dann bis zur Beendigung des Kurzes die Teilnehmer am Arbeiterrecht jeweils Montags und Freitags, und die Teilnehmer am Kurs für Deutschlands Wirtschaftsleben jeweils am Dienstag und Donnerstag von 5—7 Uhr im großen Hörsaal des Chemischen Instituts (Technische Hochschule) wie bisher ihren Unterricht.

Bei dieser Gelegenheit sei aber wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kursteilnehmer auch weiterhin sich vollständig an

dem Unterricht beteiligen wollen. Von jetzt ab wird eine Kontrolle über die Anwesenheit der einzelnen Kollegen und Kolleginnen geführt und Fehlende der betr. Organisation gemeldet.

Die Tiefsee und ihr Leben. Vortrag Rich. Laube. Der dritte Vortrag in dem Zyklus über die Einführung in die Naturwissenschaften führte die Zuhörer in die Geheimnisse und Wunder der Tiefsee. Auch hier vertrat es Gen. Laube wieder in der ihm eigenen Art, den Hörern auch aus diesem faszinierenden Gebiete der Wissenschaften, der Tiefseefunde, eine Fülle des Interessanten und Lehrreichen vorzutragen. Von mehr immer wieder erkaunt sein, wie leicht es Gen. Laube gelingt, die schwierigsten wissenschaftlichen Probleme in einer Art vorzutragen, daß auch der Hörer mit der einfachen Volkshochbildung leicht folgen kann; dabei weiß Gen. Laube stets das wissenschaftliche Niveau zu wahren. Was die Besucher in den 3 Vorträgen gelernt haben, wird ein bleibender Gewinn sein. Dazu noch die prachtvollen Lichtbilder, meist an 7000 Aufnahmen für seine Vorträge gemacht. Man muß nur bedauern, daß nur so wenige Genossen und Genossinnen die Möglichkeit der Weiterbildung benötigen; ein Besuch von 200—250 Teilnehmern ist natürlich für Karlsruhe und unsere Partei ein bedauernd geringer. Die Genossen und Genossinnen lohnen dem Bildungsausschuss der Partei die uneigennütige, wirklich nicht leichte Arbeit sehr schärflich. Wer aber gestern abend den Vortrag besuchte, die prächtigen Ausführungen des Gen. Laube über das Leben in der Tiefsee anhörte und die wunderbaren, farbenprächtigen Lichtbilder ansah, der ging mit einem Gefühl herrlicher Dankbarkeit und mit einem reichen inneren Gewinn nach Hause.

Stadtgartenkonzert. Unser Stadtgarten, der sich zur Zeit im herrlichen Frühlingsschmuck präsentiert, läßt auch diese Jahr wieder eine überaus große Anziehungskraft aus. Bei den herrlichen Frühlingsschmuck, das dem gestrigen Sonntag beschiedenen war, herrliche Massenbetrieb in dem so reizvollen und lebenswerten Unterhaltungs- und Erholungsort. Zu Tausenden strömten die Besucher am Vormittag herbei und auch beim Promenadenkonzert am Nachmittag wimmelte es von Menschen, Groß und Klein, hatte sich eingefunden. Die Feuerwehr- und Bürgerkapelle unter Albin Hofmanns bewährter Leitung befreit den musikalischen Teil und fand — wie beim Vormittagskonzert — ein dankbares Publikum. Eine angenehme Abwechslung boten die Vieder-Vorträge des Altianischen Sertetts, die mit gewohnter Stimmreinheit zu Gehör gebracht wurden.

Todesfall. Eine mit der Presse in enger Verbindung stehende Persönlichkeit, Oberrechnungsrat Albert Kötter, der ist plötzlich an einem Schlaganfall im Alter von 52 Jahren gestorben.

Nachmittagsaufführung. Am nächsten Mittwoch, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, wird in der Festhalle das jüngst von der Lieberhalle veranstaltete Revisionskonzert wiederholt werden, und zwar zugunsten des Vereins „Jugendhilfe Karlsruhe“ (Ferienkolonien erholungsbedürftiger Kinder). Verdient schon dieser wohltätige Zweck der Veranstaltung alleits das größte Interesse und die höchste Förderung, so dies umso mehr, als das Konzert außerordentlich reiche künstlerische Genüsse bereithält. Werke von Beethoven und Bizet befreiten das Abend. Hierzu Adagio aus der vierten Symphonie eröffnet den Abend. Hierauf folgt Beethovens weihnachtliche Messe in C-Dur, die mit der ganzten Kraft und Innerlichkeit der Beethovenischen Tonsprache den Hörer ergreift und erbebt. Bis 18. März, ein wundervolles Werk, befreit das Konzert, das von 400 Mitwirkenden befreit wird. Unter ihnen ist in erster Linie der hochkultivierte Lieberhaller-Männer- und Frauenchor, sodann unser treffliches Landestheaterorchester zu nennen. Auch die Solisten sind die gleichen wie bei der ersten Aufführung: Lotte Lange-Bake (Soprano), Kathinka Neugebauer-Berg (Alt), Helmuth Neugebauer (Tenor) und Otto Wagner (Baß). So ist zu hoffen, daß das Konzert, das Hugo Wagner, der verdienstvolle Chorleiter der Lieberhalle, wieder leitet, gleich dem ersten großen Besuch aufweisen und neben dem künstlerischen auch der materielle Erfolg der den unterernährten Kindern unserer Stadt zugute kommen soll, erreicht wird. Eintrittskarten sind zu haben in den Musikalienhandlungen Fr. Doert und Frid Müller.

Colosseum. Das Tegernseer Bauerntheater unter der Leitung von Michael Dengg erfreut sich eines äußerst lebhaften Zuspruchs. Diese Dialektstücke, die meist dem Leben und Treiben des fernigen oberbayerischen Bauernstandes sehr gut abgefaßt sind, bergen in ihren herkömmlichen, nicht-quintessenzhaften Stoffen einen Quasi herzerweichenden Humors, der den Gemütern zum Quaal zwingt, als angenehme Abwechslung in unserer schicksalsschweren Zeit empfunden wird. — Die mit dem Wesen der Stücke durch Geburt vererbten Darsteller bieten alle ihr Bestes. Die eingetragten Zither- und Gesangsverträge sowie die Originalschupplattler bilden eine reizvolle Abwechslung.

Verein Volkshilfe. Dienstag, den 5. April, beginnt die Volkshilfe das dritte und letzte Quartal der Winterhilfezeit. Mit einer Aufführung „Die Journalisten“, Lustspiel in 4 Akten von Gustav Freytag, (Reihe N.) Dieses Werk durfte als eines der wenigen deutschen Spielführer der Volkshilfe fehlen. Es ist kürzlich gelegentlich eines Engagementspiels durch den Herrn Oberpielleiter Fr. Baumach neu einstudiert worden. Die beiden Hauptrollen der Adelheid Rind und des Conrad Holz spielen Frau Eberhardt und Herr Herr. In übrigen wichtigen Aufgaben sind befreit die Damen Genter, Raff und Moor, sowie die Herren Bülmer, Dapper, Gaff, Gemmede, Müller, Baaschen und v. d. Trenk.

Selbstmordverhütung. Durch Einnahme einer giftigen Pflanzengabe beginnt am Samstag nachmittag ein in der Lieberhalle wohnendes Dienstmädchen ansehend ein durch die Strafen einen Selbstmordverhütung. Das Mädchen wurde mittels Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus bebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Anfall. In der Haltestelle Hauptpost sprang gestern nachmittag ein 14 Jahre alter Arbeiter aus Neuburg auf die verlassene Seite eines fahrenden Straßenbahnwagens. Beim Herannahen eines Straßenbahnwagens in entgegengekehrter Richtung sprang er wieder ab, kam zu Fall und geriet unter den letzten. Er trug erhebliche Verletzungen im Gesicht und am linken Oberarm davon.

Valuta-Bericht vom 4. April

Markkurs in der Schweiz ca. 92 1/2 Cts. Auszahlung Goldland notierte 10,80 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 245 M per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4,36 M per fr. Fr. Auszahlung Newyork notierte 62,20 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badiſchen Landeswetterwarte vom 4. April 1921

In Süddeutschland, das im Bereiche des ruffischen Hochdruckgebietes liegt, wird auch weiterhin das trockene, heißere Wetter mit warmen Tagen und kühlen Nächten anhalten. Hochdruckstille Witterung bis Dienstag nach: Geht unter trockenen, Temperaturlinien wenig verändert, trübe östliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schweizerinsel 5, ref. 18 Ztm. Refl 115, ref. 8 Ztm. Max 267, ref. 1 Ztm. Mannheim 144, gef. 1 Ztm.

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Am die Kreismeisterschaft. Neue bei Durlach siegte gegen Birnmoos in Birnmoos mit 3:1.
Privatspiele. Grünwettersbach II - Langensteinbach II 2:2. - "Bachstel" Ordningen - Arbeiter-Turnverein Müppurr 1. Mannsch. 2:0, 2. Mannsch. 5:0. - Arbeiter-Turn- und Sportverein Au 2. Abt. - Arbeiter-Sportverein Karlsruhe: 1. Mannsch. 0:2, 2. Mannsch. 1:6.
Freundschaftsspiel Durmersheim 1 - Wolfartsweier 1. Das Spiel nahm einen schönen Verlauf und endete 5:1 zugunsten Durmersheim. - 2. Mannsch. 0:3 für Durmersheim. Leider findet es die Durmersheimer Arbeiterschaft nicht für nötig, den Arbeitersport zu unterstützen, denn der Sport von bürgerlicher Seite steht bei vielen immer noch im Vordergrund.

Weitere Sportveranstaltungen

Fußballspiel. Liga. Die Kreisispiele gipfelten folgende Resultate: Nürnberg - Waldhof 2:2; Eintracht Frankfurt - Niderr. Offenbach 4:0; Wader München - Niderr. Stuttgart 1:1.
Das Ligaspiel Bewegungsspieler Karlsruhe gegen Sportklub Freiburg endete für Karlsruhe 2:1.
Im Pokalspiel gewann A.S.V. gegen Germania Durlach 5:0; Wöhring - Konordia 4:0.
Privatspiele. Bayern München 2:1. J.C. Freiburg 2:1; Wöhring Ludwigslofen - Reutlingen 2:1.
Handball. Vorrunde. Spielvereinigung Fürtz - Vodenheim 3:2 und Phala Ludwigslofen - Männerturnverein München 1:0, jedoch Phala Ludwigslofen gegen Fürtz in die Endrunde kam. Dies Spiel gewann Phala und ist somit süddeutscher Meister.

Verbandsstag des Arbeiter-Wassersport-Verbandes

Vom 25. bis 28. März tagte in Jena der ordentliche Verbandsstag des Arbeiter-Wassersport-Verbandes, der von 65 Delegierten besucht war.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes erstatteten Menckel (Berlin) und Jeymeißel (Berlin). Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 18.885 im Jahre 1919 auf 31.605 Ende 1920.

Für die Technische Kommission berichtete Sportgenosse Ruzhmann (Berlin), der darauf hinwies, daß das Rettungsschwimmen noch mehr als bisher im Arbeiter-Wassersport-Verband gepflegt werden müsse. Man müsse zu einheitlichen Schwimmordnungen kommen, nur so sei es möglich, den Wassersport vollständig auszugestalten.
Die Diskussion zu den Berichten war sehr lebhaft. Es wurde besonders scharf Stellung gegen die Diplomfrage genommen. Der Bericht des Verbandschwimmwarts wurde sehr scharf kritisiert.

Der Vorstand wurde ersucht, bei den zuständigen Behörden Schritte zu unternehmen, daß der Schwimmunterricht an allen Schulen obligatorisch eingeführt wird.

Einen Bericht von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege gab hierauf Bildung (Weizsäcker). Er schilderte eingehend die Tätigkeit der Zentralkommission, die sehr erfolgreich für die einzelnen Sportorganisationen wirkte. Deren Hauptzweck sei die Verhängung der verschiedenen Organisationen untereinander und gemeinsame Interessenvertretung bei den Behörden. Der freiten Masse der Bevölkerung müsse man zeigen, daß die Arbeiter-Sportvereine Sport treiben im Interesse des Volksgesundes.
Ueber die Ruderfrage im Arbeiter-Wassersport-Ver-

band sprach Weidmann (Frankfurt). Er trat dafür ein, daß man die Ruderer innerhalb des A.B.V. selbständig mache. Es wurde zu dieser Frage einstimmig ein Antrag angenommen, nachdem der Verbandstag beschloß, die Ruderangelegenheiten von der Schwimmerei zu trennen und selbständig im A.B.V. zu organisieren. Die Rudergruppe regelt ihre Beitragsfrage selbst und ist verpflichtet, eine Kopfsteuer zur Deckung der Verwaltungsausgaben zu entrichten.

Zur Frage der Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turnerbund nahm der Verbandstag mit 80 gegen 35 Stimmen eine Entschließung an, die besagt: „Der Verbandstag stimmt der Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zu. Die beiden Verwaltungsstellen werden beauftragt, eine Vorlage mit den Anschließungsbedingungen auszuarbeiten und diese in den Vereinen zur Diskussion zu stellen. Ueber den Anschluß hat eine Urabstimmung stattzufinden, die bis 1. Oktober 1921 erfolgt sein muß.“

Der Verbandstag nahm dann noch Statutenänderungen vor. Der monatliche Beitrag wurde auf 50 Pf. und die Delegiertensteuer auf 1 M festgesetzt. Mit der Aufstellung einer neuen Schwimmordnung, verschiedener anderer technischer Fragen, und einer neuen Kreiserteilung waren die wichtigsten Beratungspunkte erledigt.

Als erster Vorsitzender wurde Jansen (Berlin), als zweiter Förster (Berlin) gewählt.

Zwanzigjähriges Jubiläum des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“

Am Pfingsten dieses Jahres sind es 25 Jahre, seit der Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“ besteht. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes war auch der Weg frei gegeben für Entwicklung der Sportorganisationen.

Eine lange Kette von Arbeit, Mühen und Kämpfen, aber auch von Erfolgen, ist in diesen 25 Jahren eingeschlagen. Der Gründungsjahr am 25. Mai 1896 in Offenbach zählte 18 Vereine mit 467 Mitgliedern und einem Kasernenbestand von 80 M. Im Jahre 1914 vor dem Kriege, konnte der Bund über die ganze Länge von 150.000 Mitgliedern mit 2743 Ortsgruppen (Länder) und hatte sich damit zur stärksten Radsfahrervereinigung der Welt entwickelt. Der Krieg hatte, wie allen anderen Organisationen, auch dem Arbeiter-Radsfahrerbund schwere Wunden geschlagen. Seine Mitgliederzahl war bis zum Jahre 1918 auf 22.461 zusammengeschmolzen.

Der Abschluß des Jahres 1920 zeigt uns, daß die Mitgliederzahl schon wieder auf 150.000 Mitglieder mit 3104 Ortsgruppen gestiegen ist, damit beginnen die Wunden, welche der Krieg gezeichnet hat, zu verheilen. Diese Zahlen reden aber auch eine deutliche Sprache von der unvergänglichen Wehrkraft dieser Organisation. Auf diesem Gebiet steht der Bund das Wandern, sowie das Seil- und Reklensport für die Jugend. Jedoch auch auf materiellem Gebiete trägt der Bund seinen Mitgliedern weitgehend Rechnung. Die Natur des Radsfahrens be-

dingt, daß Unfälle beim Wandern, beim nach oder von der Arbeit fahren, nicht selten sind, und auch oft mit rechtlichen Schwierigkeiten verknüpft sind. Im Jahre 1920 hat der Bund ausgegeben: für Rechtschutz 6170 M., für 475 Sterbefälle 18.588 M., für 135 Notfälle 8545 M., für 412 Unfälle 16.168, zusammen rund 44.410 M.

Von den einzelnen Bundeskongressen ist der Erfurter Bundeskongress erwähnenswert, der, um der Vereinsmeierei zu steuern, den Beschluß faßte, daß an jedem Ort nur ein Verein bestehen darf. Allgemeine Freude und Begeisterung lag der Beschluß bei den Mitgliedern aus. Allein Berlin, das wie schon oft, in manchen anderen Dingen aus der Reihe tanzte, konnte sich dies auch hier nicht verlagern. Ein Teil der Berliner trat aus und gründeten den Radsfahrerbund „Freiheit“. Mit Berlin traten noch 6 Vereine, im ganzen 600 Mitglieder aus. Allein die der Zentralisation innewohnende Kraft kam dem Bund sehr zu statten. Die Mitgliederzahl des Bundes stieg in kurzer Zeit von 19.000 auf 43.000.

Die ungeheuren Summen, welche die radsahrende Arbeiterschaft jährlich dem Privatkapital in den Taschen warf, bestimmte die Bundesleitung, dem Gedanken der Genossenschaft näher zu treten. Der Berliner Bundeskongress beschloß die Errichtung einer Einkaufsgenossenschaft für Fahrräder und Fahrradartikel. Nach manderlei Hindernissen, auch der Krieg zeigte seine hemmende Wirkung, hat sich diese Genossenschaft zu einem festen soliden Unternehmen entwickelt, das eine große Zukunft in sich birgt.

So können denn die Bundesmitglieder mit Stolz und Freude auf den langen Entwicklungsweg zurückblicken und im Gefühl, etwas Gutes und Großes auf sportlichem Gebiete geschaffen zu haben, ihre Jubiläumstafel benehmen.

Der von 22 Unterbänden, Pfalz und Saargebiet hat beschlossen, am Pfingsten in Karlsruhe ein Bundesfest abzuhalten. An die radsahrende Arbeiterschaft des Landes geht darum der Ruf: Am Pfingsten auf nach Karlsruhe zum Bundesfest des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“!

□ Eine Gruppenkonferenz des Abtals tagte am gestrigen Sonntag im „Darmstädter Hof“ in Ettlingen. Anwesend waren 18 Delegierte, Niderr. Offenbach war nicht vertreten. Der Gruppenleiter Gen. Ochs-Ettlingen gab Bericht von der Bezirksturnversammlung. Beim Punkt Auf- und Ausbau der Gruppe zeigte sich eine lebhaft Diskussion, die in dem festen Willen zum tatkräftigen Wirken im Abtals schloß.

Die Spielplatzfrage in Grünwettersbach. Zu dem in Nr. 60 unseres Blattes unter Gemeindepöfist veröffentlichten Bericht des Bürgerausschusses, in dem von der Spielplatzfrage die Rede ist, wird uns von sportlicher Seite geschrieben: Wie aus dem Bericht zu ersehen, lehnte der Bürgerausschuß es wieder ab, einen Sportplatz zu errichten. Dieser Beschluß ist sehr zu bedauern, denn auch in Grünwettersbach kann ein Sportplatz errichtet werden. Schreiber dieser Zeilen kennt sich in der Gegendfrage in Grünwettersbach sehr gut aus und weiß, daß der bisherige Sportplatz nicht in Betracht kommen kann, weil er nur über Winter zu benutzen ist. Als zweiter und dritter Platz kommt nur Wald in Betracht, der durch Abholzen zum Sportplatz hergerichtet werden könnte. Der eine Schläg „Lohwald“ (?) eignet sich weniger, dagegen ist der Schläg „Wasserloch“ wie geschaffen. Die Gemeinde Grünwettersbach hat etwa 160 Hektar Gemeinewald und wurde schon früher deshalb der Vorstoß gemacht, 1 Hektar Wald abzutreten für einen Sportplatz. Der Vorstoß wurde abgelehnt. Die Vererbung der Gemeinde, daß, wenn sie jetzt so mit dem Wald verfahren (von 160 - 1 = 159!) ihre Nachkommen keinen Wald mehr haben, ist keineswegs begründet. Öffentlich tragen diese Zeilen bei, daß die Spielplatzfrage in Grünwettersbach bald eine befriedigende Lösung findet. S. G.

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte
Fußball - Leichtathletik - Turnen - Hockey -
Schwimmen - Rudern - Wandern - Handball
Tennis - Wintersport 2335

Zur Einkommensteuererklärung

Zur selben Zeit, in der die Einkommensteuererklärungsformulare verendet werden mit der Aufforderung, die Steuererklärung bis zum 30. April 1921 beim Steuerkommissar einzureichen, erschießt die am 30. März 1921 in Berlin ausgegebene Nummer 34 des Reichsgesetzblatts, welches eine 10 Druckseiten ausfüllende Novelle zum Einkommensteuergesetz enthält. Diese Novelle tritt, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, mit Wirkung vom 1. April 1920, also mit einer Rückwirkung von 1 Jahr, in Kraft, ist also der jetzt abzugebenden Steuererklärung zur Grunde zu legen. Dem Formular ist aber als „Anleitung zur Aufstellung der Einkommensteuererklärung, enthaltend die zu beachtenden Gesetzesbestimmungen“ ein Auszug aus dem Einkommensteuergesetz in seiner alten Fassung beigelegt. Ich will ganz davon absehen, daß der neuesten Lage der Gesetzgebung die im Formular gestellten Fragen nicht angepaßt sind, daß die Anmerkungen aus dem gleichen Grunde Unrichtigkeiten enthalten, wie z. B. die Anmerkung zur Frage VI 18 (Versicherungsprämien) sind jetzt nicht mehr nur mit einem Jahresbetrag bis zu 600 M., sondern mit einem solchen bis zu 1000 M. abzugsfähig, aber völlig unerträglich ist es, daß dem Erklärungspflichtigen eine falsche Anleitung in die Hand gegeben wird. Auf alle hier in Betracht kommenden Einzelheiten einzugehen, gestattet der Raum selbstverständlich nicht. Die Arbeiterschaft wird es aber besonders interessieren, was sie aus der Anleitung noch nicht erfährt, daß nach der Novelle als steuerpflichtiges Einkommen nicht gelten: Pflegezulagen und Schwerbeschäftigtenzulagen mit den entsprechenden Ausgleichs-, Dis- und Teuerungszulagen, daß der Kreis der abzugsfähigen Versorgungsgeldbesitzer erweitert, und daß diese nicht nur, wie nach der bisherigen Fassung, bis zu 2000, sondern bis zu 8000 M. nicht steuerpflichtig sind.

Dies mag zunächst als Warnung genügen. Es empfiehlt sich also dringend, die Abgabe der Steuererklärung nicht zu überziehen, sondern abzuwarten, bis die Steuerbehörde diejenigen Maßregeln getroffen und diejenigen Aufstellungen und Anleitungsergänzungen gegeben hat, die erforderlich sind, um die große Masse der Steuerzahler, insbesondere die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse, sowie die Angehörigen der freien Berufe vor beträchtlichen Schädigungen zu bewahren.

Es sollen mit diesen Ausführungen keine vorläufigen Anführungen gegen die Steuerverwaltung erhoben werden und es soll nicht geprüft werden, ob sich die gekennzeichnete Situation hätte vermeiden lassen, wobei ist aber sicher, daß jetzt bürokratische Wechselschicht unerbittlich wäre und daß allerhöchste Eingreifen geboten ist.
Dr. K.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M. Die im Transportarbeiterverband organisierten Transportarbeiter sind heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Schwern. Infolge der Verschärfung der politischen Lage hat das Ministerium die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Berlin. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Banarbeiterschaften mittel, ist durch Verfügung des Reichsarbeits-

ministeriums der Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Bauwesen für allgemein verbindlich erklärt worden.

Schwern. Der Landtag tritt am 7. April nachmittags zu einer Sitzung zusammen, in der die Wahl des Präsidenten vorgenommen wird.

London. Wie die Blätter melden, sind einige Bergwerkschächte bereits überflutet und andere stehen in Gefahr.

London. Lord Edmund Talbot ist zum Nachfolger von Lord French als erster Bischof von Irland unter der neuen Regierungsform bestimmt.

London. Eine lange Liste von Veränderungen im Ministerium ist heute veröffentlicht worden. Die wichtigsten sind: Horne wurde zum Finanzminister ernannt, Addison zum Minister ohne Portefeuille, Baldwin zum Handelsminister.

London. Die für den 24. April festgesetzte Volkszählung im östlichen Königreich wird sich wegen der dortigen Unruhen nicht auf Irland erstrecken.

London. Nach einer Reutermeldung aus Kalkutta sind am 24. März aus dem Gefängnis von Ras-Shahi 689 Strafgefangene ausgebrochen. Bisher wurden von diesen wieder 300 ergriffen.

Lezte Nachrichten

Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zeitungspapier

WTA. Berlin, 3. April. Das Reichskabinett hat nach Prüfung der durch die Entscheidung der Zeitungsverleger am 31. März geschaffenen Sachlage in seiner Sitzung am 1. April beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers mit Wirkung vom 1. April aufzuheben. Damit entfällt auch in Zukunft die amtliche Preisfestsetzung. Die Reichsregierung wird auch weiterhin durch äußerliche Förderung der Produktion und durch Strafrechtliche Verfolgung der Ausfuhrkontrollen des Zeitungspapiers dafür sorgen, daß der Inlandsbedarf der deutschen Presse sichergestellt bleibt.

Die Kämpfe zwischen Griechen und Türken

WTA. Paris, 3. April. Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel besagt ein amtlicher Bericht der Kemalisten, die Schlacht bei Estischehir sei durch die Zurückweisung aller griechischen Angriffe zu Ende gegangen. Die türkischen Angriffe haben zum Rückzug der griechischen Armee geführt. Der Feind habe bei seinem Rückzug die Dörfer in Brand gesetzt.

Die Zollgrenze am Rhein

WTA. Paris, 3. April. Der „Newport Herald“ will aus Coblenz erfahren haben, die Franzosen und die Belgier würden unzugänglich in ihren Zonen die Zölle einzuziehen, dagegen könne in der amerikanischen und in der englischen Zone die Einziehung erst in einigen Tagen erfolgen. Die Einnahmen in der amerikanischen Zone würden Frankreich zugute kommen.

2.930.000 Kronen geraubt

WTA. Jansbrud, 3. April. Am Samstag Abend erschien beim Bahnhofsamt ein unbekannter Mann, um einen eingeschriebenen Brief aufzugeben. Er benutzte die augenblickliche Abwesenheit des diensttuenden Beamten, um den Kassenbestand im Betrag von 2.930.000 Kronen mittels eines Spagierstodes an sich zu reißen und mit dem Raub zu verschwinden.

Russischer Protest wegen der Gefangenen

WTA. Paris, 3. April. Wie dem „Matin“ aus London gemeldet wird, kündigt ein Ausspruch aus Moskau an, Nihilistinnen habe an die französische Regierung eine Note gefandt, in der gegen die Zurückhaltung von 25.000 Russen in Frankreich protestiert wird. Die Note fügt hinzu, wenn die französische Regierung dem Verlangen der russischen Regierung nicht nachkomme und den russischen Staatsbürgern nicht gestattet, Frankreich zu verlassen, so würde sie die notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Briefkasten der Redaktion.

B. Baden-Baden. Hinweis konnten Samstag nicht mehr gebracht werden. Der Brief war ungenügend frankiert und kam deshalb mit Straßporto belastet erst mittags an.
L. G., Graven. Brief kam erst Samstag nachmittags in unsern Brief; es war also für den Hinweis zu spät.

Schrittleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Redaktionen, Ueberredt und Letzte Nachrichten Hermann Kade; für Volksliche Politik, Aus dem Lande, Gemeindepöfist, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuiletton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepöfist, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Kiste; für den Anzeigenteil Gustav Kiger, sämtliche in Karlsruhe.

Bei 5 n. mehr Gelde Bei 1.20 die Zeile
Bei 1.20 die Zeile

Veränderungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.
Karlsruhe. (Kassalla.) Montag Abend 1/8 Uhr Zusammenkunft in der Wirtschaft „Beierheimer Hof“ zwecks Erhebung eines Sängers. 3139

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“.) Heute 1/8 Uhr „Grüner Berg“ Kaiserstr. alle Stimmen zwecks einer Hauptprobe. 3648

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft S. V.) Wegen Renovierung unseres Lokals findet die Mitgliederversammlung am Montag, den 11. d. Mts. statt. 3547 Der Turnrat.

Karlsruhe. (Wassersport-Verein.) Dienstag, den 5. April, Abends 1/8, Mitgliederversammlung mit Vortrag in der Cambrinus-Halle, Erdpringsstr. 3549

Blautrote
sowie alle Arten von Hautkrankheiten, Hautausschlägen, wie Blattern, Mitosen, Finken, Pickeln, Pusteln etc. verschwinden durch tägliche Gebrauch d. echten **Blautrote** Feuerschwefel-Salbe von Bergmann & Co., Radebeul. Ueberall zu haben.

